Nr. 196 — Halle (Saale), Freitag den 22. August 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,80 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Staatsbürgerliche Erziehung.

Der Kampf der herrschenden Klassen um die Jugend, wird auf einer immer breiteren Grundlage, nach systematischer werdenden Gesichtspunkten geführt. Unzählig sind die Mittel und Methoden, die von den Wortführern der Bourgeoisie ausgeklügelt werden, die Jugend, besonders die Arbeiterjugend, im Geiste der deutsch-borussischen Staatsraison zu erziehen. In dem Schlagwort von der „staatsbürgerlichen Erziehung" der Jugend vereinigen sich gewissermaßen alle Einzelbestrebungen der bürgerlichen Jugendpflege, um dies eine Ziel zu erreichen. Obgleich der Begriff der „staatsbürgerlichen Erziehung" nicht neu ist, wird er doch gerade jetzt in allen bürgerlichen Organen ohne Unterschied der Richtung lebhaft diskutiert und als einziges Mittel angepriesen, den in allen Fugen krachenden Staat zu stützen. Denn darüber sind sich die bürgerlichen Autoritäten längst klar geworden, daß ein Staat nur dann auf die Dauer lebensfähig ist, sofern die Volksmassen von der Notwendigkeit dieses Staates überzeugt sind, fehlt dieser lebendige Faktor, dann sind alle Institutionen nur toter Formelkram. Und auch über Zweck und Ziel gehen die Meinungen nur wenig auseinander; der liberale Anhänger der „staatsbürgerlichen Erziehung" hüllt seine Gedanken in einen dicken Wust pädagogischer Erwägungen, während der draufgängerische Reaktionär seine Absichten offen ausspricht. Aber darin sind sich alle einig und das ist der eigentliche Antrieb: Die Entwicklung der Sozialdemokratie, als rücksichtslosem Gegner der bestehenden Staatsordnung, zwingt das Bürgertum zu wirksamen Gegenmaßregeln; deshalb ist eine nationale Gesinnungspflege geboten, die den Massen die unbedingt notwendige und unvergängliche Existenz des bestehenden Staates einprägt; Begeisterung und Bewunderung von des großen deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit wieder zur geistigen Grundlage der Volkspsyche macht.

Auf welchem Wege ist dies zu erreichen? Auch in diesen Fragen hat sich Wilhelm II. gewissermaßen als der Wegweiser der Bourgeoisie bewährt. In seiner Rede vom 4. Dezember 1890 über die Schulreform bezeichnet er es als die prinzipielle Aufgabe der Schule, das Gefecht gegen die Sozialdemokratie zu übernehmen. Die Lehrer hätten die Schüler so zu instruieren, daß sie von selbst das Material im Kampfe gegen die Sozialdemokratie liefern. Das ist zwar eine recht sympathische Offenheit, aber der allerhöchste Redner übersah denn doch die gewaltigen Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind. Das haben alle späteren Experimente bewiesen. Die Volksschuljugend ist trotz aller raffinierten patriotischen Mache zu jung und naiv, daß etwa dieser erste Einfluß für die spätere politische Ueberzeugung entscheidend wäre. Zur grundsätzlichen Frage wurde daher: Wie ist die Jugend von der Schulentlassung bis zur Militärzeit im nationalen Geiste zu erziehen? Es sind zu diesem Zweck eine große Anzahl Organisationen geschaffen worden, aber mehr und mehr einigen sich die Ansichten dahin, daß die Fortbildungsschule die gegebene Einrichtung zur Pflege „staatsbürgerlicher Erziehung" sei.

Für die herrschenden Klassen ist es höchst mißlich, die Jugend schon mit dem 14. Lebensjahr ohne jeden weiteren direkten Einfluß ins öffentliche Leben zu lassen. Es streiten hier zwei Interessen der Bourgeoisie um die Herrschaft. Zunächst braucht der Kapitalismus die Masse der proletarischen Jugend als billiges und williges Ausbeutungsobjekt und man scheut auch die Kosten für den längeren Schulbesuch; andererseits erblickt man eine Gefahr darin für die herrschende Ordnung, die Jugend der Sozialdemokratie zu überlassen. Obgleich also die Fortbildungsschule eigentlich fachgewerbliche Aufgaben zu erfüllen hat, arbeitet man heute bewußt darauf hin, sie für bestimmte staatliche Interessen nutzbar zu machen, das heißt die nationale Idee der „staatsbürgerlichen Erziehung" zu verwirklichen, in bewußtem Kampf gegen die Sozialdemokratie. In dem Organ der „Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung" „Vergangenheit und Gegenwart" wird dieser Gedanke systematisch vertreten, und zwar fast ausschließlich von praktischen Fortbildungsschulmännern. Ein Herr Bruno Hennig führt in genannter Zeitschrift folgende Gründe für die Notwendigkeit der „staatsbürgerlichen Erziehung" an: „Das Verlangen nach intensiverer politischer Schulung der Jugend wurde hervorgerufen durch die starke Parteizerklüftung unseres innerpolitischen Lebens und insbesondere durch die rasche und stetige Entwicklung der sozialdemokratischen Partei". Die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches gehört in den Lehrstoff. Und dann heißt es weiter: „Erst wenn es gelungen ist, Staatsraison überhaupt zum leitenden Prinzip politischer Betrachtung zu machen, kann der Begriff in der nötigen Erweiterung auf das Innere übertragen werden.

Wer so geführt wird und auf diese Weise etwas von Bismarcks politischem Erbe mit auf den Weg bekommt, der ist damit nicht nur vollkommen gegen sozialdemokratische Auffassung von Politik gesichert, sondern gegen jede parteipolitische Betrachtung überhaupt. Und dahin denke ich, wird ein zugleich wissenschaftlicher und wahrhaft patriotischer Geschichtsunterricht die „Forderung der Bekämpfung der Sozialdemokratie" vornehmerweise erweitern müssen." Vornehmerweise! Herr Oberlehrer Hennig gehört nun zu denjenigen, die in ungeschminkter Sprache das staatsbürgerliche Erziehungsideal der Bourgeoisie aussprechen, ohne pädagogische und ethische Winkelzüge. Gegen diese erfreuliche Offenheit haben die liberalen Wortführer Bedenken. Im Kunstwart (Nr. 21 d. J.) wendet sich Elisabeth Gnauck-Kühne gegen die „Begriffsvermittlung und Gesinnungspflege", wie sie Hennig für richtig hält. Aber auch ihr Ideal kommt nach einigen technischen Einwendungen über die Stoffverarbeitung auf dasselbe hinaus, soweit Gesinnungspflege hierbei in Frage kommt. Die „staatsbürgerliche Erziehung" der Jugend hat nach ihr die Aufgabe, „daß sie (die Jugendlichen) wissen, wie das Deutsche Reich entstanden ist und verständnisvolle Bewunderung für dieses unser nationales Kunstwerk haben ... Aller Weisheit Anfang ist Bewunderung. Bewunderung ist aber auch der Weg zur Liebe. Zeigen wir der Jugend das soziale Gemeinschaftsleben in ihrem Vaterlande, die Unmöglichkeit, es ohne staatliche Organisation zu erhalten, die Bedeutung der Tragweite staatlicher Organisation". Das ist im wesentlichen die gleiche Stimmungsmache, wie sie Hennig vertritt. Der entschiedene Liberalismus besitzt nur noch die besondere Fähigkeit, alle staatlichen und politischen Dinge poetisch zu verklären. Damit wird freilich die wirkliche Situation etwas verschleiert, aber an den feststehenden Tatsachen wird nichts geändert.

Alle Vertreter der „staatsbürgerlichen Erziehung" gehen von der ideologischen Voraussetzung aus, die herrschende Staatsordnung wäre die unvergängliche, in ihr habe die menschliche Gesellschaft das höchste Ziel ihrer sozialen Organisation erreicht. Die liberalen Theoretiker, deren Vorfahren noch vor gut 100 Jahren alle Staatsraison bekämpften, sind heute die beredetsten Apostel dieses Gedankens. Der heutige Staat ist gut, weil er vorteilhaft die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Daher muß die junge Generation zu Stützen dieser famosen Ordnung erzogen werden. — Freilich, die bestehende Ordnung ist die Ordnung der Bourgeoisie und deshalb notwendig eine Klassenordnung. Gegen diese fundamentale Tatsache sind die bürgerlichen Ideologen blind. Wie will man unter den herrschenden wirtschaftlichen und politischen Zuständen, unter den schärfsten Klassengegensätzen bei der proletarischen Jugend für die Staatsautorität und deutsche Herrlichkeit Begeisterung und Bewunderung erwecken? Man hält es für möglich, daß sich das Proletariat selbst auffrißt, indem es seine eigene Klassenvertretung, die Sozialdemokratie zerstört. Nichts kommt über diese Selbsttäuschung!

Schärfsten Kampf verdient aber das reaktionäre Beginnen, die Fortbildungsschule unter dem Deckmantel „staatsbürgerlicher Erziehung" direkt oder indirekt zu einem Kampfplatz gegen die Sozialdemokratie zu machen. Mag jede Partei in freiem Wettbewerb die Jugend für sich zu gewinnen suchen. Die staatsbürgerliche Erziehung seiner Jugend lehnt das Proletariat ab. Die Sozialdemokratie wird entsprechend ihren Anschauungen die Arbeiterjugend in dem Sinne staatsbürgerlich erziehen, daß diese Jugend die gesetzlichen Staatsrechte so zu handhaben und umzuformen weiß, damit der heutige Staat samt der Klassenherrschaft über kurz oder lang verschwindet. Drastisch hat einmal Engels unsere Auffassung über den bürgerlichen Staat so ausgedrückt: Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die Staatsmaschine dahin, wo sie dann hingehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt. Unsere Aufgabe wird es sein, Engels Wort so schnell wie möglich zu verwirklichen.

Verschlechterung der Lebenshaltung.

Amtliche Untersuchungen in England.

Aus London wird uns geschrieben: Das englische Handelsministerium hat soeben ein umfangreiches Blaubuch über die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel, nämlich Wohnungsmiete, Nahrungsmittel, Kohle und Kleidung, herausgegeben. Diese Aufnahme ruht im wesentlichen auf derselben Grundlage wie die im Jahre 1905 ausgearbeitete Statistik, und sie läßt deshalb einen ziemlich zuverlässigen Vergleich über die Entwicklung der letzten sieben Jahre zu. Die amtliche Statistik kommt zu der folgenden Schlußfolgerung: „Die durchschnittliche Zunahme in den Kosten der Miete, Nahrung, Heizung und Kleidung der Arbeiter zusammengenommen in den letzten sieben Jahren kann wahrscheinlich auf etwa 10 Prozent angesetzt werden."

Verfolgt man die Statistik noch weiter zurück bis auf das Jahr 1896, wo die heute noch anhaltende Teuerungsbewegung in England ihren Anfang genommen zu haben scheint, so ergibt sich, daß die Kosten der Lebenshaltung der englischen Arbeiter in den 16 Jahren seit 1896 um volle 25 Proz. gestiegen sind. Dagegen sind nach dem Berichte die Preise auch heute noch erheblich geringer als im Jahre 1877, als eine frühere Teuerungsperiode ihren Höhepunkt erreichte.

Mehr in die Einzelheiten eingehend, zeigt sich, daß die Mieten, Heizmaterial und Kleidung in viel geringerem Grade gestiegen sind als die Nahrungsmittel. Bei den einzelnen Nahrungsmitteln zeigen sich ebenfalls sehr große Verschiedenheiten. Aus diesen Angaben ergibt sich, daß die Feststellung einer allgemeinen durchschnittlichen Preiserhöhung von 10 Prozent weit entfernt davon ist, einen vollen Begriff von der Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter zu geben. Denn gerade einige der wichtigsten Massenkonsumartikel, die für die Ernährung der Arbeiterbevölkerung die größte Rolle spielen, sind in ganz unverhältnismäßig starkem Maße gestiegen. So Kartoffeln um durchschnittlich 46,1 Prozent, Speck um durchschnittlich 82,1 Prozent. Der allgemeine Durchschnitt wird auf 10 Prozent heruntergedrückt, weil der Preis der Milch stationär geblieben ist, während Tee sogar etwas im Preis gesunken ist. Die Preiserhöhung der verschiedenen Fleischsorten hat den allgemeinen Durchschnitt von 10 Prozent nicht überstiegen.

Die Statistik behandelt auch die Frage, inwiefern eine etwaige Erhöhung der Arbeitslöhne in diesen sieben Jahren die Preissteigerung der Lebensmittel ausgeglichen hat. Die Lohnstatistik ist weniger gründlich und zuverlässig als die Preisstatistik, auch zieht der Bericht zum Vergleiche nur drei ausgesuchte Gewerbe heran, nämlich das Baugewerbe, die Maschinenindustrie und die Schriftsetzerei, also drei überwiegen" günstig gestellte Industrien. In diesen Gewerben hat seit 1906 eine Lohnerhöhung stattgefunden, und zwar:

	Qualifizierte Arbeiter	Unqualifiz. Arbeiter
Baugewerbe	1,9 Prozent	2,6 Prozent
Maschinenindustrie	5,5 Prozent	3,9 Prozent
Schriftsetzer	4,1 Prozent	— —

Ein Kommentar ist vollkommen überflüssig, denn diese Zahlen reden eine allzu deutliche Sprache. **Die Lohnerhöhungen der letzten sieben Jahre sind nicht im entferntesten imstande gewesen, mit der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise Schritt zu halten. Die ganze Lebenshaltung der englischen Arbeiterschaft ist in dieser Periode sehr empfindlich herabgedrückt worden.** Was das heißt, begreift man erst recht, wenn man sich erinnert, daß diese sieben Jahre in England das „goldene Zeitalter des Sozialliberalismus" waren, Jahre solcher Reformen wie der Alterspensionen, der Arbeitsbörsen, der Sozialversicherung, der gesetzlichen Minimallöhne für die Schwitzindustrien und für Bergarbeiter usw., ferner Jahre ganz beispiellos gewaltiger und fast durchweg siegreicher Streikbewegungen, endlich auch überwiegend Jahre der wirtschaftlichen Prosperität und Hochkonjunktur. Wenn in solchen Jahren die Bilanz der Arbeiterklasse eine so beträchtliche Herabdrückung ihrer Lebenshaltung aufweist, was soll erst werden, wenn die sich bereits ankündigende Depression und Krise eintritt?

Die englische Statistik hat den einen traurigen Trost, daß die Dinge in anderen Ländern noch viel schlimmer bestellt sind. Der Bericht hat offenbar mit großer Mühe eine Gegenüberstellung dieser Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ausgearbeitet. Die Untersuchung ergab das folgende Bild. Als Grundlage wurde das Jahr 1900 genommen. Von diesem Zeitpunkt bis zum Jahre 1912 betrug **die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter in Prozenten: im Vereinigten Königreich 15 Prozent, in Holland 23 Prozent, in Oesterreich 35 Prozent, in Belgien 32 Prozent, in Kanada 51 Prozent, in Australien 16 Prozent, in Frankreich 45 Prozent.** Für die folgenden Länder sind statistische Angaben nur bis 1911 vorhanden, und in ihnen betrug die Verteuerung: **Ungarn 37 Prozent, Deutschland 28 Prozent, Vereinigte Staaten 39 Prozent und Neuseeland 16 Prozent.** Da die Preissteigerung gerade im Jahre 1911—1912 in allen Ländern, für die Statistiken vorliegen, sehr bedeutend war — England 6 Proz., Oesterreich 7 Proz., Belgien 4 Proz., Holland 6 Proz., Australien 13 Proz., Kanada 15 Proz.; eine Ausnahme macht nur Frankreich mit einer Verbilligung von 2 Proz. — so stellt sich der Vergleich speziell für Deutschland besonders ungünstig.

Diese Gegenüberstellung legt den Schluß nahe, daß die Länder mit Nahrungsmittelzöllen, schutzzöllnerische Länder überhaupt, unter der Teuerung viel stärker zu leiden haben, als das freihändlerische England. Wenn das schutzzöllnerische Frankreich nicht ungünstiger zu stehen scheint als England, so bedarf das noch der Aufklärung und ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß Frankreich sich immer mehr vom Typus der modernen industriellen Weltwirtschaftsstaaten entfernt und in zunehmendem Maße selbstgenügsam, vom auswärtigen Handel unabhängig wird. Für die Beurteilung der Lebenshaltung der Arbeiter in den anderen Staaten kommt noch außerdem in Betracht, daß die Lohnerhöhungen in den letzten Jahren hinter den englischen wahrscheinlich zurückgeblieben und daß ferner auch die Arbeitslosigkeit vermutlich größer war als in England.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 21. August 1913.

Furcht vor der Neu-Einteilung der Wahlkreise.

Liberale Blätter haben in den letzten Tagen wieder eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise besprochen und u. a. vorgeschlagen, die Seelenzahl, auf die ein Abgeordneter entfällt, auf 150 000 festzusetzen. Dieser Vorschlag hat der Deutschen Tageszeitung anscheinend Angst eingejagt, denn sie schreibt:

Die jetzigen Reichstagswahlkreise beruhen auf den geschichtlich gewordenen Verhältnissen. Diese Verhältnisse müßten durchbrochen und umgestürzt werden, wenn man rein mechanisch die Wahlkreise so abändern wollte, daß nun auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfalle. Das würde eine gekünstelte Wahlkreisgeometrie geben, die die schärfsten Kämpfe nach sich ziehen müßte. Aber selbst, wenn man auf solche Kämpfe nicht Rücksicht nehmen wollte, man würde doch durch die Abänderung der Reichstagswahlkreise keineswegs und keinesfalls einen idealen Zustand herbeiführen. Die Klagen über die Verschiedenartigkeit würden nicht verstummen, sondern in kurzer Zeit noch viel lauter erschallen als jetzt.

Diesem letzteren Bedenken könnte sehr gut dadurch abgeholfen werden, daß man in die Verfassung eine Bestimmung aufnehmen würde, daß die Reichstagswahlkreise etwa alle zehn Jahre neu einzuteilen wären. Die Besorgnisse der Deutschen Tageszeitung liegen aber auf einem anderen Gebiet, denn bei einer Neueinteilung der Wahlkreise würden den Konservativen einige ihrer volksarmen Domänen in Ostelbien verloren gehen. Der Hinweis auf die „geschichtlich gewordenen" Verhältnisse ist völlig verfehlt, denn die Aufrechterhaltung des junkerlichen Einflusses ist keineswegs eine geschichtliche Notwendigkeit. Heute liegen die Dinge so, daß die städtische Bevölkerung bei der Ausübung des Wahlrechtes ganz wesentlich benachteiligt wird den ländlichen Kreisen Ostelbiens gegenüber. Es ist bezeichnend, daß das agrarische Blatt es sofort mit der Angst zu tun bekommt, wenn eine gerechte Einteilung der Wahlkreise erstrebt wird. Allerdings für Gerechtigkeit haben die preußischen Junker niemals eine besondere Vorliebe gehabt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0001

Ein neuer militärischer Sensationsprozeß.

Die Militärverwaltung ist bei dem Ankauf des Truppenübungsplatzes in Jossen ganz erheblich über das Ohr gehauen worden. Als bekannt wurde, daß dort ein Truppenübungsplatz angelegt werden solle, haben verschiedene Spekulanten das Terrain an sich gebracht und es dann an die Militärverwaltung zu einem erheblich höheren Preise wieder verkauft. Der Pfarrer Stier in Moyen, der diese Vorkommnisse aufgedeckt hat, sollte als geistesgestört erklärt werden, ein Versuch, der allerdings nicht gelang. In dem Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer wurde vielmehr festgestellt, daß er aus edlen Motiven gehandelt habe, trotzdem wurde seine Versetzung in ein anderes Amt verfügt. In verschiedenen Zeitungsartikeln hat nun ein gewisser Max Sebaldt die Angelegenheit wieder aufgegriffen und dabei die Behauptung aufgestellt, daß der Geheime Kriegsrat Selle, der mit einem der Grundstücksspekulanten befreundet sei, bei der ganzen Angelegenheit die Hand im Spiele gehabt habe. Als die Angelegenheit von sozialdemokratischer Seite im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, erklärte der Generalleutnant von Staabs, daß der ganze Grundstückserwerb streng geheim gehalten worden sei. Dem wurde allerdings entgegengehalten, daß auf dem zum Ankauf ausersehenen Gelände vorher Truppenübungen abgehalten worden sind, woraus man unschwer den Schluß ziehen konnte, daß sich die Militärverwaltung mit der Absicht trage, dieses Gelände zu kaufen. Immerhin scheinen die Grundstücksspekulanten auch noch von anderer Seite informiert worden zu sein. Der Kriegsminister hat nun gegen den Sebaldt Strafantrag wegen Beleidigung des Geheimen Kriegsrats Selle gestellt und die Verhandlung, die großes Aufsehen erregen dürfte, wird ja nun hoffentlich Klarheit darüber schaffen, von welcher Seite die Grundstücksspekulanten ihre Informationen erhalten haben. Tatsache ist jedenfalls, daß den Bauern das Gelände, das der Militärfiskus zu hohen Preisen erwerben mußte, von den Spekulanten für ein Spottgeld abgekauft worden ist.

Der Fiskus als Preisdrücker.

Gegen den von der Regierung in der Nordd. Allg. Zeitung unternommenen Versuch, die Klagen über Zurücksetzung der Handwerker bei Vergebung von Arbeiten als unberechtigt zurückzuweisen, wartet der Landtagsabgeordnete Rahardt mit drei Fällen aus den letzten acht Tagen auf. Sollten sich die Fälle so wie geschildert verhalten, dann könnte allerdings die Kritik nicht scharf genug sein. Herr Rahardt schreibt nämlich der Scherlpresse:

Die Werftverwaltung in Kiel hatte für eine Inneneinrichtung eine Ausschreibung gemacht. Ein Tischlermeister macht mit 2100 Mk. sein aufs äußerste kalkuliertes Angebot. Und der Erfolg ist, daß die Werft 5 Stück ausfuchte, einen Kleiderriegel, einen Toilettenspiegel usf., die insgesamt 85 Mark nach seiner Aufstellung ausmachen. Dafür sollte der Meister die Sachen liefern, wofür er sich natürlich bestens bedankte, da er die Preise doch für den Gesamtauftrag kalkuliert hatte.

Fall Nr. 2: Das Bekleidungsamt in München bedarf 8000 Waffenröcke. Es hatte für die Anfertigung eines Rockes zuletzt 8 Mk. bezahlt, und erklärt nun den Meistern, daß es jetzt nur noch 3,85 Mk. geben könne. Natürlich lehnen die Meister ab, und in den Münchner Zeitungen kann man jetzt Inserate lesen, in denen Heimarbeiter von der Militärverwaltung zur Herstellung der Waffenröcke gesucht werden!

Am krassesten ist wohl der letzte Fall: Die Garnisonen Berlin und Breslau wollen Schränke für die Mannschaftsstuben bestellen. Es melden sich die Lieferanten und die Lieferung der Schränke wird ihnen auch zugesagt, wenn sie die Sachen so billig liefern wollen — wie die Gefängnisse!

Die Militärverwaltung sowohl als auch die Marineverwaltung werden nicht darum herumkommen, Auskunft darüber zu geben, ob in ihren Ressorts tatsächlich derartige Preisdrückereien vorgekommen sind. Mit den Mitteln der Steuerzahler muß natürlich sparsam gewirtschaftet werden, aber daraus resultiert keinesfalls die Pflicht oder auch nur das Recht, den Handwerksmeistern zuzumuten, zu Gefängnispreisen zu liefern

Militärjustiz: Sieben Jahre zehn Monate Gefängnis!

Zu der ungeheuerlichen Strafe von sieben Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilte am Montag das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg den Musketier Schmula von der 7. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 27 in Halberstadt. Der Angeklagte war beschuldigt, sich eines tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten unter dem Gewehr und vor versammelter Mannschaft schuldig gemacht, sowie einen Vorgesetzten beleidigt zu haben. Der Angeklagte hat die Tat begangen am 27. Juli d. J. auf dem Exerzierplatz in Halberstadt. Der Vizefeldwebel Gramann ließ an diesem Tage eine Anzahl Mannschaften Einzelmarsch mit Gewehr üben. Verschiedentlich wurden Leute, die nach des Feldwebels Meinung die Uebung nicht korrekt machten, zurückgeschickt, um sie zu wiederholen. Unter den Zurückgeschickten befand sich auch Schmula. Als er wieder einmal vor dem Vizefeldwebel vorbeimarschierte, riß er plötzlich das Gewehr herunter und versetzte dem Vorgesetzten unter den Worten: „Du Aas willst mich schleifen?“ mit dem Gewehrlauf einen Schlag vor die Brust. Dann drehte Schmula das Gewehr um und holte zu einem Schlage mit dem Kolben aus, warf aber das Gewehr weg, als er sah, daß der Vizefeldwebel seinen Säbel ziehen wollte. Vorher hatte der Angeklagte schon vor sich hin ingrimmig die Aeußerung getan: „Der Krepel will mich wohl schleifen!“ Vor Gericht war Schmula, der noch keinerlei Vorstrafen wegen Roheitsvergehen hat, geständig. Das Militärstrafgesetzbuch sieht für die zur Anklage stehenden Taten eine Mindeststrafe von fünf Jahren Gefängnis vor. Der Anklagevertreter beantragte jedoch — als abschreckendes Beispiel, wie er sagte — zehn Jahre und zwei Monate Gefängnis. Der Angeklagte gab als Erklärung für seine Tat nur an, er habe es „in der Hitze“ getan. Als er den Strafantrag hörte, brach er in Tränen aus. Das Urteil lautete, wie erwähnt, auf sieben Jahre und zehn Monate Gefängnis. Eine Berufung wird an der Strafe nicht viel ändern, denn der zur Anwendung gekommene § 97 des Militärstrafgesetzbuches gehört nicht zu den fürzlich gemilderten Paragraphen. Eine unüberlegte Handlung hat den jungen Menschen für sein ganzes Leben unglücklich gemacht.

Deutsches Reich.

— **Herbsttagung des Dreiklassenparlaments.** Der preußische Landtag soll in den ersten Tagen des November einberufen werden. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß eine ganze Anzahl Gesetzentwürfe der Verabschiedung harren, die kaum rechtzeitig erfolgen könne, wenn der Landtag erst im Januar zusammentreten würde. Vor Ende September sei jedoch eine endgültige Entscheidung nicht zu erwarten.

— **Der zweite Krupp-Prozeß.** Wie nunmehr bestimmt verlautet, ist das Untersuchungsverfahren in der Krupp-Angelegenheit gegen Brandt und Genossen und eine große Anzahl Direktoren der Firma Krupp in Essen auch auf den früheren Generaldirektor, Landrat a. D. Röttger, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller, ausgedehnt. Die Anklage ist noch nicht erhoben. Die Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I dürfte vor November nicht stattfinden.

— **Deutsche Schulkinder müssen dem Blutzaren huldigen.** Es kommt immer besser! Im Namen von „12 000 schlesischen Jünglingen“, die am Sonntag unter strömendem Regen auf dem Ketzbachschlachtfelde Feldgottesdienst, Jahrhundertfeier, Parademarsch „vor dem Vertreter des Kaisers“ u. dergl. vollführten, wurde ein Huldigungstelegramm an den Zaren von Rußland geschickt, „eingedenk der treuen Waffenbrüderschaft von Russen und Preußen und der gemeinsamen Heldentaten vor hundert Jahren, die uns die Befreiung von fremdem Joch brachten“.

Diese Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit der heranwachsenden Jugend hat gerade noch gefehlt, um die Pfadfinderbewegung in Arbeiterkreisen populär zu machen.

— **Gegen den geplanten Gemüse- und Blumenzoll** regt sich im eigenen Lager der Interessenten bereits Widerspruch. Der Verband der Blumengeschäftsinhaber, der augenblicklich auch in Breslau tagt, erklärt, daß er am Zoll kein Interesse habe. Er ist aber bereit, ohne von der Notwendigkeit der Zölle überzeugt zu sein, einem begrenzten Zeitzoll vom 1. März bis zum 14. Oktober seine Zustimmung zu geben, wenn sich die anderen Verbände bis zum 30. September d. J. über die Höhe des Zolles mit ihm einigen. Wenn das nicht geschieht, dann nimmt er seine alte Stellung: Ablehnung aller Zölle, wieder auf. Starker Widerspruch ist auch aus den Kreisen der Obstgeschäfte zu erwarten.

Vom Balkan.

Die Türkei rückt weiter vor und gibt sich „stark“. Es bestätigt sich immer mehr, daß die türkische Regierung die Herrschaft über ihre Armee völlig verloren hat. Der Frkf. Ztg. wird aus Konstantinopel geschrieben, daß die Pforte mit starken Bestrebungen in der Hauptarmee rechnen muß, die den Vorstoß in Westthrazien als Notwendigkeit ansehen. Sie bietet ihren gesamten Einfluß auf gegenüber der Armeeleitung, damit dieser Vorstoß nicht eine Ausdehnung annimmt, die diplomatisch nicht mehr verteidigungsfähig wäre. Man war in Konstantinopel in den letzten Tagen nur um Haaresbreite von einer neuen Kriegserklärung an Bulgarien entfernt.

Ueber die Meinung der deutschen Regierung wird gemeldet: Die Haltung der Pforte in der Adrianopelfrage wird an Berliner zuständigen Stellen nicht als Kriegsgefahr angesehen, vor allem herrscht unter den Mächten Einmütigkeit darüber, jede direkte Einmischung abzulehnen. Auch Rußland hat sich dieser Haltung angeschlossen, in der Erkenntnis, daß die Kosten eines kriegerischen Abenteuers in keinerlei Uebereinstimmung stehen mit den möglichen Gewinnen. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit ist noch ungewiß, doch ist zu hoffen, daß die Türkei nicht die unerläßliche Politik der Regeneration durch einen neuen Waffengang beeinträchtigen wird.

Frankreich.

Polizeiskandale. Aus Paris, 19. August, wird uns geschrieben: Die Pariser Polizei ist bekannt für ihre Brutalität. Die „passage à tabac“, wie man das Verprügeln von Arrestanten nennt, ist eine noch viel verbreitete Unsitte. Aber diese Brutalitäten, die an hoher Stelle wohl bekannt sind, werden geduldet, richten sie sich doch hauptsächlich gegen Manifestanten. Kommt einmal ein „Mißgriff“ vor, dann wird die Angelegenheit vertuscht. Vor Gericht gilt natürlich die Aussage eines Schutzmanns mehr als die von Privatzeugen oder gar des in einen Angeklagten verwandelten Mißhandelten.

Dieser permanente und latente Skandal hat im 5. Pariser Arrondissement zu einem akuten Skandal geführt. Die dortigen „Geheimen“ machten daraus ein System. Gefiel ihnen ein Bürger nicht, so verhafteten sie ihn einfach nachts auf der Straße und „fanden“ dann in seiner Rocktasche eine „gestohlene“ Geldbörse, einen Revolver usw. Auf die Aussage der „Schutzleute wurden dann die so Ueberfallenen wegen Diebstahls usw. verurteilt. Die Polizisten „begnügten“ sich aber auch mit Schweigegeldern. Erst die Denunziation von anderen Schutzleuten hat den Skandal aufgedeckt, der die Revision einer Reihe von Prozessen unschuldig Verurteilter notwendig macht. Der Skandal ist kein Auswuchs, sondern das natürliche Produkt eines skandalösen Systems.

Holland.

Der Friedenskongreß tagt seit Mittwoch im Haag. Er nahm gleich drei Resolutionen über die Abrüstung an. Der Kongreß fordert, daß die Frage der Rüstungsbeschränkung auf die Tagesordnung der dritten Friedenskonferenz gesetzt und zuvor durch nationale Kommissionen studiert werden solle. Er protestiert gegen den unheilvollen Einfluß der an der Waffenindustrie Interessierten und empfiehlt die Prüfung des Planes eines allgemeinen Vertrages über die allmähliche Abrüstung durch die Friedensgesellschaften und das internationale Bureau in Bern, damit sich der nächste Kongreß in Kenntnis der Sachlage damit befassen könne.

Spanien.

Wie Spanien Marokko „kolonisiert“. Ein Telegramm aus Ceuta meldet, daß die Spanier das Gebiet der Beni-M'Sala vollständig „pazifiziert“ haben. Sie steckten verschiedene Duars in Brand, und das Feuer nahm eine gewaltige Ausdehnung. Die M'Sala verteidigten ihre Dörfer mit der größten Erbitterung, wurden aber schließlich zurückgedrängt. Die Kämpfe dauern fort. Bis gestern abend waren auf Seiten der Spanier 16 Tote und 26 Verwundete gezählt worden.

Morden und Sengen nennt der Imperialismus „pazifizieren“ — den Frieden bringen.

Soziales.

Die kapitalistische Peitschkontrolle.

Die Erfinder von Mitteln, dem Proletarier, der in kapitalistischen Betrieben frondet, ausbeuterisch den letzten Blutstropfen herauszuschweißen, haben gute Konjunktur. Den Amerikanern Taylor und Gilbreth ist ein Nebenbuhler erwachsen. Den kinematographischen Methoden, die Arbeit der Lohnsklaven zu überwachen, gesellt sich eine neue Methode, die ein Ingenieur in der Neuyork Sun veröffentlicht. Er ging darauf aus, das „Verfahren“ zu vereinfachen, und brachte es fertig, den Kinematographen zu umgehen. Nur eine einzige Platte im photographischen Apparate wird verwendet. Folgendermaßen erfüllt die Maschine die heißen Wünsche der Profitgier:

Der Arbeiter, dessen Arbeitstechnik geprüft werden soll, steckt an einen Finger einen Ring mit einer elektrischen Leuchtvorrichtung, die in ganz kurzen Zeitabständen aufleuchtet. Dann arbeitet er vor dem geöffneten photographischen Apparat, und die Lichtblitze an seiner Hand werden daher auf der photographischen Platte als punktierte Linie aufgezeichnet. Die Zeit, die zu jeder Bewegung nötig ist, läßt sich nach der Anzahl der Punkte ohne weiteres abzählen, und das Verfahren ist noch anschaulicher, wenn man eine stereoskopische Aufnahme macht.

Bebel im Wahlkampf in Halle.

Gen. Weißmann erzählt aus seinem früheren Aufenthalt in Halle folgendes in der Freiburger Volkswacht:

Da in diesen Tagen gar viele persönliche Erinnerungen an den so plötzlich Verstorbenen ausgegraben werden, seien im nachfolgenden die Eindrücke wiedergegeben, die sich mir eingeprägt, als ich Bebel in einer großen Wahlversammlung in Halle sprechen hörte. Als er bei der Nachwahl im Saalkreise im Jahre 1896 nach Halle a. d. Saale kam und im dortigen Prinz-Karl-Saal sprach, war der Andrang der Anhänger auch von anderen Parteien so stark, daß der Vorsitzende vor Beginn der Versammlung die Parteigenossen, speziell die älteren, die Bebel schon des öfteren gehört hätten, ersuchte, ihnen Platz zu machen. Es liege der Parteileitung daran, gerade den Gegnern aus dem berufenen Munde Bebels die sozialistischen Ziele und das sozialistische Wahlprogramm zu verkünden.

Damals sah ich Bebel zum erstenmal. Als im Versammlungsraum ein überaus lebhaftes Händeklatschen einsetzte, schob sich mühsam in etwas gedrückter Haltung durch die Stuhlreihen ein Mann von mittlerer Größe mit dem Ueberzieher unter dem Arm, den Schlapphut in der Hand und ging auf das Podium zu, auf welchem bereits das gewählte Bureau saß, das nach den Bestimmungen des früheren preußischen Vereinsgesetzes in jeder öffentlichen Versammlung zu wählen war und aus dem 1. und 2. Vorsitzenden und einem Schriftführer bestand. Das war Bebel; ich war als Schriftführer gewählt und wurde von ihm angesprochen. Als ihm der Vorsitzende sagte, daß ich zurzeit sämtliche Sünden der Redaktion des Halleschen Volksblattes zu büßen hätte, also verantwortlicher Redakteur sei, meinte er scherzhaft: „Passen Sie nur auf, damit man Sie nicht zu oft am Kragen kriegt! In Halle war schon immer der Boden heiß!“ Ich war sehr stolz auf dieses kurze Gespräch. Aber ihn, den von den Gegnern gefürchteten Redner des Reichstags, hatte ich mir größer, wuchtiger, kurz gesagt, repräsentabler vorgestellt. Während er aber sprach, während die helle, überaus sympathisch klingende Stimme in den großen, weiten Raum drang, begriff ich, warum dieser Mann eine so ungeheure Wirkung in Volksversammlungen und im Reichstag erzielte. Er wurde während des Referats immer größer, er wuchs über sich hinaus, und den mit scharfer Betonung gesprochenen Sätzen merkte man es an, daß eigentlich jedes Wort durchlebt, erlebt war.

In dieser Versammlung fand eine Diskussion nicht statt. Der Saalkreis, der von 1890 bis 1893 bereits durch den jetzigen Abgeordneten Genossen Kunert im Reichstag vertreten war und 1893 an den freisinnigen Rechtsanwalt Alexander Meyer, von dem das Zitat stammt: Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt, verloren ging, wurde wieder geholt. Meyer war gestorben, deshalb fand 1896 die Nachwahl statt; Bebels Eingreifen in den Wahlkampf war nicht umsonst gewesen, obwohl die Konservativen am Tage nach der Bebelschen Versammlung an die Arbeiter ein Flugblatt verteilen ließen ungefähr des Inhalts: „Arbeiter, wählt keinen Sozialdemokraten! Der Villenbesitzer Bebel ist gesteten in der Goldenen Kugel (im ersten Hotel von Halle a. d. Saale) abgestiegen. Er kann kein Vertreter der Armen und Bedrückten sein.“ Dieses erbärmliche Wahlmanöver verfing nicht; Kunert erhielt rund 15 000 gegen 12 000 Stimmen, die auf die zwei Kandidaten der bürgerlichen Parteien fielen.

Die interessanteste Versammlung, in welcher Bebel wieder Referent war, erlebte ich aber in Gemeinschaft mit den Halleschen Parteigenossen vor 10 Jahren, als sich Bebel bei den Reichstagswahlen von 1903 mit dem konservativen Professor Suchsland auseinandersetzte. Dieser politische Anwalt der bürgerlichen Parteien kämpfte schon seit Jahren in Wort und Schrift mit maßloser Gehässigkeit gegen unsere Partei, weshalb ihn die sozialdemokratische Parteileitung einlud, in die Bebelsche Versammlung zu kommen. Und er kam.

Es war ein Hochgenuß, an jenem denkwürdigen Abend Zeuge des heißen Rededuells Bebel-Suchsland zu sein. Suchsland erhielt unbeschränkte Redefreiheit, und obwohl er sonst die politischen Fragen durchaus beherrschte, verfing er sich, je länger er sprach, unter dem Eindruck der Zwischenrufe, unter der Suggestion, welche eine überfüllte sozialdemokratische Wählerversammlung ohne weiteres auf jeden Teilnehmer ausübt, in zahlreiche Widersprüche und trat schließlich unter dem Hohngelächter der Parteigenossen, unter dem stillen Bedauern seiner zahlreich anwesenden Freunde, daß er die Sache der bürgerlichen Parteien so unglücklich geführt hatte, ab.

Dann nahm Bebel das Wort. Es war schon interessant, wie er sich während der Rede Suchslands verhielt. Aufmerksam sehr aufmerksam, hörte er zu und richtete ständig die Augen auf den Diskussionsredner, nur hier und da sich einiges notierend. Aber noch interessanter war, was jetzt folgte. Bebels Stärke lag, so oft er sprach, nicht nur im Vortrag selbst, sondern vor allem auch in der Führung der Debatte, in der Schlagfertigkeit, in der rücksichtslosen Abschüttelung aller gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe. Da war er Meister und ich wüßte keinen der derzeitigen Führer der Sozialdemokratie, der ihm darin gleichkäme. Auch Suchsland bekam von der Bebel nun einmal eignen Fähigkeit mehr zu fühlen, als ihm lieb sein mochte. Ein Argument nach dem anderen, das er der Rede des Sozialdemokraten gegenübergestellt hatte, wurde von Bebel zerpflückt und in seiner Haltlosigkeit aufgelöst. Mit unerbittlicher Schärfe setzte er den Suchslandschen Einwänden zu und unter der jubelnden Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Versammlungsbesucher bemerkte er immer wieder: Und das sagt ein Professor (Suchsland war Lehrer an den berühmten Franckeschen Stiftungen in Halle)! Aber der Professor wurde klein, ganz klein und wagte kaum noch Bebel anzusehen. Als er einen kurzen Zwischenruf machte, geriet Bebel noch mehr ins Feuer. Er hatte ein einen langen Bleistift in der Hand. Mit diesem deutete er so häufig auf den rechts von ihm sitzenden Halleschen Professor, daß es aussah, als wollte er ihn mit der ungefährlichen Waffe förmlich erstechen. Zum Schluß hielt Bebel den Konservativen ihr großes politisches Sündenregister vor und endete mit einer begeisterten Verherrlichung der sozialistischen Prinzipien. Der darauffolgende Beifallssturm, der sich in minutenlangem Händeklatschen und in unzähligen Zustimmungsrufen äußerte, war so stark, daß förmlich die Wände dröhnten und Suchsland und seine Begleiter, wie sie nachträglich bekannten, es mit der Angst zu tun bekamen, es ginge ihnen jetzt an den Kragen. So war dem grimmigen Feinde der Sozialdemokratie noch nie heimgeleuchtet worden. Er mochte im stillen bedauert haben, daß er der Versammlungseinladung gefolgt war, denn man sah es ihm an, wie heiß sein Gesicht brannte, als er kleinlaut und schweigend die Versammlung verließ. Bebel aber hatte sich von seiner berechtigten Erregung bald wieder erholt und lachte vergnügt, als die an seinem Tische sitzenden Parteigenossen der freudigen Genugtuung lebendigen Ausdruck gaben, daß Suchsland so gründlich heimgeschickt worden war. Sogar die bürgerliche Presse erklärte am nächsten Tage resigniert, Suchsland habe der Sache der Gegner der Sozialdemokratie mehr geschadet als genützt. Wochen, ja jahrelang sprach man in Halle von dieser Bebel-Suchsland-Versammlung.

Später hörte ich Bebel noch öfter. Aber keine der Versammlungen verlief so nervenerregend und hochinteressant, keine zeigte die vielen Vorzüge Bebels im Wahlkampf: den glänzenden Redner, den gewandten Debatter, den erfahrenen Politiker und nicht zuletzt den gefährlichen Gegner der bürgerlichen Gesellschaft so klar in seines Wesens Einheit, wie die Hallesche Wählerversammlung von 1903. Solche Stunden bleiben unvergessen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0002

Mit welchem Hochgefühl wird der Arbeiter den Zauberschmuck der Ausbeuterei am Finger blitzen sehen. Du Ring an meinem Finger! Und wehe, wenn er nicht sorgt, daß die Punkte der Linie den Raubbau an seiner Kraft herrlich bezeugen!

Man liest: die neue Erfindung sei einfacher und bequemer als Taylors Verfahren und „ihren Zweck dürfte sie vollkommen erfüllen".

Und unschuldsvoll kommt sie daher mit dem sanften Namen: Verfahren zur Beobachtung von Arbeitsfehlern.

Ein Wolf im Lammskleid!

Beschränkung der Tätigkeit der Gewerbegerichte.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sind zurzeit auch zuständig zur Entscheidung von Streitigkeiten über die zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder. Die Zahl derartiger Streitfälle ist keineswegs gering. Meist sind sie allerdings mit anderen Lohnfragen verbunden. Nach der Reichsversicherungsordnung ist nun — was sehr zu begrüßen ist — die Erhebung von Eintrittsgeldern für versicherungspflichtige Personen durch die Krankenkassen überhaupt nicht mehr zulässig und es entfällt damit auch der Streit über die Anrechnung dieser Gelder. Was nun die verbleibenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Beschäftigten über die Berechnung und Anrechnung ihrer Beitragsanteile für die Krankenversicherung anbetrifft, so unterliegen diese nunmehr gemäß § 405 der Reichsversicherungsordnung der Zuständigkeit der neu errichteten Versicherungsämter: Nach Artikel 10 des Einführungsgesetzes fallen deshalb mit dem Inkrafttreten der betreffenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung die einschlägigen Bestimmungen des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtsgesetzes weg. Das geschieht mit dem 1. Januar 1914. Die zu diesem Zeitpunkt bereits anhängigen Sachen verbleiben indes bis zu ihrer endgültigen Erledigung bei den genannten Gerichten.

In einem Erlaß macht der preußische Minister für Handel und Gewerbe darauf aufmerksam, daß nach alledem die entsprechenden Bestimmungen der Musterfatzungen für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nur noch bis 1. Januar 1914 gültig und von da an zu streichen sind. Eine sofortige Abänderung der Statuten der bereits bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist nach dem Ministerialerlaß nicht notwendig, jedoch werden bei Gelegenheit anderer Aenderungen der Statuten oder bei Aufstellung neuer Statuten die den veränderten gesetzlichen Vorschriften nicht mehr entsprechenden Bestimmungen zu beseitigen sein.

Man kann in dieser Neuregelung einen kleinen Fortschritt erblicken. Da doch die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bis jetzt nur — von Ausnahmen abgesehen — in den großen Städten vorhanden sind, so fehlte es für die übrigen Gebiete überhaupt an einer geeigneten Stelle zur Entscheidung solcher Streitfachen. Da die Versicherungsämter für alle unteren Verwaltungsbehörden bestehen müssen, ist nunmehr einheitlich eine solche Stelle geschaffen worden. Das Verfahren vor dem Versicherungsamt ist ähnlich wie vor den Gewerbegerichten; auf Verlangen des Klägers hat die Entscheidung unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten zu geschehen. Das Versicherungsamt urteilt in diesen Fragen endgültig.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen.

k. r. Breslau, 20. August.

Nachdem Apotheker Staller über die Apothekerfrage referiert und instruktive Leitsätze angenommen waren, sprach in einem großzügigen Referat Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal über **das Vereinigungs- und Versammlungsrecht der Krankenkassen.**

Er erörterte zunächst die Bedeutung des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit für die Krankenkassen. Diese stünden den mehr oder minder mächtigen Verbänden der Aerzte, Zahnärzte, Zahntechniker, Apotheker, Angestellten gegenüber. Schon daraus erwachse den Krankenkassen die harte, wirtschaftliche Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen. Die Notwendigkeit des ständigen Wechselverkehrs zwischen Behörden und Krankenkassen im Interesse der Ausführung und Ausgestaltung der sozialen Versicherung, die Erleichterung der Einführung neuer Versicherungsgesetze, und die Verbreitung der Kenntnis des sozialen Rechts, die Sammlung und Verwertung der Verwaltungserfahrungen der Kassenvorstände und Angestellten seien die weiteren Gründe für die Verbandsbildung. — Der Redner wandte sich dann dagegen, daß die einzelnen Verbände zum Schaden ihrer gemeinsamen Aufgaben einander bekämpfen, und empfiehlt, unter den verschiedenen Kassenarten oder ihren Verbänden wieder Arbeitsgemeinschaften zu bilden, wie sie zurzeit unter den fünf großen Reichsverbänden in bezug auf die Arztfrage bestehe.

Bei dieser Gelegenheit kam der Redner auch auf den Ende 1911 gegründeten Gesamtverband deutscher Krankenkassen zu sprechen, nach dessen Programm alle bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenhilfe gemeinsam wirken sollten. So wenig wie die Krankenkassen ausschließlich sozialistischen, ebenso wenig dürften sie ausschließlich bürgerlichen Richtungen angehören. Im Hauptverbande Deutscher Ortskrankenkassen, den man in den Reihen der Gegner zu unrecht als „sozialdemokratisch" kennzeichne, wirken alle Richtungen zusammen. Das Koalitionsrecht der Krankenkassen könne nur mit der Koalitionsfreiheit gedeihen. Die Behörden sollten endlich die vielfach kleinlichen und aus politischen Vorurteilen entspringenden Hemmungen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einstellen. So gäbe es auch nach der R.-V.-O. Wege, behördlichen Polizeigeist gegenüber den Krankenkassen zu bekämpfen. Deren Organe hätten ehrenamtlich Großes für die Entwicklung der Krankenversicherung der stärksten Säule deutscher Volkswohlfahrt geleistet, leisteten gerade jetzt zusammen mit den Behörden für die Einführung des neuen Rechts eine Riesenarbeit. Wir wollen, schloß der Redner, keinen Dank und keine Anerkennung, wir wollen aber als Lohn ein freies Koalitionsrecht; denn nur auf dem Boden maßvoller Freiheit der Selbstverwaltung kann die Krankenversicherung gedeihen.

Die Leitsätze des Referenten, die in der Aufforderung an die Krankenkassen gipfeln, sich den bestehenden Orts-, Kreis-, Landes- und Reichsverbänden anzuschließen und untereinander wieder Arbeitsgemeinschaften zu bilden, wurden nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Der letzte Tag der Beratungen war inneren Verbandsangelegenheiten gewidmet.

Die nächste Jahresversammlung findet in Darmstadt statt. Die Dresdner Kasse wurde wieder als geschäftsführende und Herr Fräsdorf als Vorsitzender gewählt.

Humor und Satire.

Man muß sich zu helfen wissen. Der Drucker stürzt in wilder Aufregung in das Zimmer des Redakteurs. „Denken Sie sich", schreit er, „Johnson, der Mörder, ist eben telegraphisch begnadigt worden. Und wir haben die ausführliche Darstellung, wie er gehängt wird, mit Illustrationen im heutigen Blatte, das schon in Druck ist." — „Beruhigen Sie sich", antwortet der Redakteur kaltblütig. „Wir setzen einfach in Fettdruck darüber: Johnson begnadigt! Ausführlicher Bericht über das, was ihm bevorstand!"

Allerlei.

Die Hoffnung der Dummen.

Bebels Ableben hat die bürgerlichen Blätter zu allerlei tiefsinnigen Betrachtungen über die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie angeregt. Was wird, so fragen sie, die sozialdemokratische Partei in Deutschland jetzt anfangen? Wer wird sie nach dem Tode Bebels zusammenhalten? Werden Radikale und Opportunisten nun nicht hart aneinander geraten?

Mit diesen Fragen sucht die bürgerliche Presse im Herzen des ehrsamen Bürgersmannes wieder einmal die Hoffnung auf die Spaltung der Sozialdemokratie — seine letzte Hoffnung! — anzufachen. Ein an sich gewiß humanes Beginnen. Aber der Anlaß dazu ist eigentlich sehr schlecht gewählt.

Nämlich: Bei Lebzeiten Bebels behaupteten die journalistischen Vertreter des Kapitals, die besondere Gefährlichkeit dieses Menschen liege in seinem leidenschaftlichen Revolutionarismus, seinem rücksichtslosen Marxismus, seiner Unversöhnlichkeit, seiner Kompromißscheu. Jetzt, nach seinem Tode, haben sie urplötzlich entdeckt, er sei nur in der Theorie ein Doktrinär, in der Praxis aber ein Kompromißler gewesen. Durch sein Ansehen habe er sowohl die äußerste Linke wie die äußerste Rechte der Partei niedergehalten und so sei es ihm möglich gewesen, eine Politik der mittleren Linie zu machen und die Einheit der Partei zu erhalten und zu befestigen.

Eine andere Meinung also hatte die bürgerliche Presse von dem lebenden, eine andere hat sie von dem toten Bebel. Sie hat eben immer die Meinung, die sie gerade am besten brauchen kann. Als Bebel lebte, suchte sie ihn zu fruktifizieren, indem sie ihn dem Bürgertum als Mauwau hinstellte. Das geht jetzt nicht mehr, der tote Bebel muß anders verwertet werden; indem man nämlich sagt: er hat durch eine kluge Taktik die Partei zusammengehalten, also wird sich nach seinem Tode ihr festes Gefüge lockern.

In diesem „also" steckt die ganze bürgerliche Geschichtsauffassung.

Bismarck hat Deutschland geeinigt, also würde es kein Deutsches Reich geben, wenn Bismarck zufällig gestorben wäre, bevor er dazu kam, seine geschichtliche Tat zu tun. Es ist doch ganz klar: alles, was getan wird, muß irgend jemand tun. Ist dieser Jemand nicht da, so bleibt das ungetan, was er getan haben würde.

Diese Auffassung hat auch seit jeher die bürgerliche Praxis bestimmt. Wie oft haben wir zum Beispiel von unseren Deutschnationalen das Wort gehört: „Ja, wenn wir einen Bismarck hätten! Dann würde es anders um die Deutschen in Oesterreich stehen."

Ihren deutlichsten Ausdruck aber hat diese spaßige Geschichtsauffassung in dem Verhalten des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse gefunden. Immer hat es sich eingebildet, ihrer Herr werden zu können, wenn es ihr die „Rädelsführer" nehme. Und auch heute lebt es noch in dem Wahn, wenn man soundsoviele Revolutionäre erschieße, sei auch die Revolution erschossen.

Ein Spaßvogel hat einmal auf die Frage: „Wie hätte die Entstehung der Sozialdemokratie verhindert werden können?" die Antwort gegeben: „Wenn Kain statt des Abel den Bebel erschlagen hätte." Kürzer, treffender und boshafter kann man die bürgerliche Geschichtsauffassung nicht mehr formulieren.

Nun hat aber Kain, offenbar ein geborener Verbrecher, den Bebel nicht erschlagen, so daß dieser ganz gemütlich die sozialdemokratische Partei ins Leben rufen und großziehen konnte. Die Bourgeoisie mußte sich, so schwer es ihr fiel, mit dieser Tatsache abfinden. Es blieb ihr nur noch eine Hoffnung: Bebel wird nicht ewig leben und dann wird sich's ja zeigen, was aus der Sozialdemokratie wird.

Nun ist Bebel tot und schon sieht die bürgerliche Presse die sozialdemokratische Partei schweren inneren Kämpfen entgegengehen. Und in ein paar Tagen wird sie vielleicht schon von Spaltung und Zerfall faseln, vom Tode Bebels das Aufleben der Bourgeoisie erwarten. Aber sie wird, wie schon des öfteren, eine schwere Enttäuschung erleben. Sie wird gewahr werden müssen, daß das organisierte Proletariat ein Haupt verlieren kann, aber nie den Kopf. Aber begreifen wird sie's natürlich nicht.

Sommertage.

Nicht überall in Deutschland entfaltet der Sommer seine Herrschaft mit gleicher Stärke. Wir finden Gebiete mit besonders kühlen Sommern, denen Gegenden mit ausnehmend heißen Sommern gegenüberstehen. Besonders deutlich treten uns diese Unterschiede vor Augen, wenn man, wie dies soeben Dr. W. Richter tat, die Häufigkeit der sogenannten „Sommertage" in den einzelnen Teilen Deutschland ermittelt. Als Sommer- oder Hitzetage bezeichnet hierbei die meteorologische Wissenschaft diejenigen Tage, an denen das Thermometer im Schatten den Stand von + 25 Grad Celsius erreicht oder überschreitet.

Alsdann heben sich sofort zwei große Gebiete mit kühlen Sommern heraus, die Meeresküsten und die Gebirge. So hat der Gipfel der Schneekoppe überhaupt keine Sommertage zu verzeichnen, auf dem Brocken, dem Fichtelgebirge und dem Wendelstein erreicht das Thermometer nur etwa alle zwei Jahre einmal den erwähnten Stand, während Schmücke und Inselsberg schon reichlich vier Sommertage, Höchenschwand und der Kniebis bereits 5½ bezw. 9 Hitzetage melden. Den Hochstationen halten die Küstenplätze das Gleichgewicht. Helgoland hat knapp zwei, Westerland auf Sylt noch nicht vier, Borkum etwa sechs Sommertage jährlich. Unter den deutschen Städten hat Kiel mit wenig mehr als vier Hitzetagen die kühlsten Sommer. Dagegen verzeichnet Hamburg bereits 12, Danzig, Lübeck und Emden je 14, Hannover 16 und Bremen 17½ Sommertage.

Andererseits zeichnen sich drei Gebiete im Binnenlande durch besonders hohe Sommertemperaturen aus. Es ist dies zunächst ein Teil Schlesiens, wo z. B. das durch seinen Weinbau bekannte Grünberg schon 38½, Oppeln sogar 40½ Sommertage zählt. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im Saaletal und im mittleren Elbetal. Hier haben Magdeburg und Halle 36 und 34½, Jena sogar 44 Hitzetage. Die Reichshauptstadt weist, wie an dieser Stelle erwähnt sei, im Jahresmittel etwa 55 Sommertage auf. Den heißesten Strich Deutschlands aber bildet das Oberrheintal mit seinen Nebentälern. So verzeichnen Mülhausen, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Speyer, Baden-Baden, sämtlich mehr als 40 bis zu etwa 44 Sommertagen, während Heilbronn es auf 48 und Geisenheim im Rheingau es sogar auf 50 Sommertage bringt!

Bruder Konrad mit den goldenen Kugeln.

Dem Berliner Tageblatt wird die Nummer 31 des Sonntagsblattes für die katholische Familie übersandt, das in der Hauptstadt des Freiherrn v. Hertling, in München erscheint. Es ist ein sehr frommes Blatt, das jedoch die weltliche Vorsicht insofern nicht außer acht läßt, als es seine Abonnenten in „einfacher" sowohl wie in „erweiterter" Form gegen Unfall versichert. In diesem Blatte wird eine gar erbauliche Geschichte vom Bruder Konrad im Kapuzinerkloster zu Altötting erzählt:

„In Altötting! Im Kapuzinerkloster (!) damals hat mir (einmal) ein Bruder die Klosterpforte geöffnet, von dem jetzt gar merkwürdige Dinge erzählt werden. Ich will ein andermal von diesem Bruder mehr berichten. Heute sei nur soviel gesagt, daß dieser Bruder einmal selig gesprochen wird. Er hat 41 Jahre lang alle Tage einmal in der Frühe um 5 Uhr in der Gnadenkapelle ministriert und dabei so herzlich gebetet, daß man — allen Modernisten und Rationalisten und Monisten und Sozialisten und anderen zweifelhaften Isten zum Trotze sei es gesagt —, daß man erzählt, wenn er sein Ave betete, habe man aus seinem Munde etwas wie goldene Kugeln zum Himmel aufsteigen sehen."

Nachdem sich das fromme Blatt längere Zeit mit dem Bruder Konrad und seinen goldenen Kugeln befaßt hat, heißt es schließlich:

Bruder Konrad! Bete, daß die Presse jene Unterstützung finde, welche ihr nottut, damit sie in ihrem Riesenkampfe mit der Schundpresse obenauf kommt. Für diese Sache, Bruder Konrad, bete alle anderen Abel Zahllose feurige Kugeln! Goldene müssen dabei sein! Aber laß sie nicht alle zum Himmel auffliegen! Verstehst schon! Die gute Presse muß Samariterdienste tun an diesen Ausgeraubten. Damit sie den Herbergswirt bezahlen kann, mußt du sorgen, Bruder Konrad von Varzham in Niederbayern!"

Es sind doch praktische Männer, die Leute vom Sonntagsblatt für die katholische Familie. Wie sie die Abonnenten der himmlischen Fürsorge nicht allein überlassen, sondern auch eine Unfallversicherung für sie einrichten, so halten sie es auch für herzlich überflüssig, daß der Himmel die goldenen Kugeln des Bruders Konrad allein bekomme. Mit der „guten Presse" könnte der Himmel doch wenigstens halbpart machen, verstehst, Bruder Konrad?

Die gemarterte Hexe.

Aus dem dunkelsten Rußland kommt die Meldung von einer Inquisitionsaffäre, die für das russische Bauernleben nicht gerade ungewöhnlich ist, aber erschütternd wirkt. Dem Bauer Titow im Dorfe Atschagirki im Gouvernement Tobolsk erkrankte sein zehnjähriges Söhnchen an einem heftigen Fieber. Der Bauer, dem viel an der Gesundung seines einzigen Erben lag, holte, da in Sibirien Mangel an Aerzten herrscht, eine angebliche „Zauberin" oder „Hexe" aus dem nächsten Kreise und traf mit der dreißigjährigen Frau beim Kranken ein, zu einer Zeit, als die Nachbarn Titows angetrunken vom Markte heimkehrten. Als diese Nachbarn erfuhren, daß irgend ein Weib den Sohn Titows mit Kräutern behandelt und seltsame Sprüche dazu murmelt, kamen sie überein, daß das nur eine Hexe sein kann, und beschlossen, sie totzuschlagen. Die betrunkene Bauernbande zog nach dem Titowschen Gehöft und begann, die vermeintliche Hexe zu martern, um ihr ein Geständnis zu erpressen. Man riß ihr die Haare in Büscheln aus, schlug mit Fäusten auf sie ein, stach ihr mit glühenden Nadeln die Augen aus und peinigte das unglückliche Wesen so lange, bis es das Bewußtsein verlor. Erst dann schlugen die Unmenschen die Hexe tot. Titow, der in seiner Verzweiflung ins nächste Dorf gelaufen war, um Hilfe zu holen oder um sich zu retten, konnte von den wütenden Bauern nicht aufgefunden werden. Als ihr Suchen vergeblich blieb, beschlossen sie, sich an der Frau Titows zu rächen. Sie packten die unschuldige Mutter des im Fieber liegenden Knaben und prügelten sie halb tot, dann drangen sie in die Hütte, holten den kranken Knaben heraus, begossen ihn mit Petroleum, warfen ihn auf die Dorfstraße und zündeten ihn an, angeblich um den bösen Geist, den die Hexe über ihn gebracht hatte, auszutreiben. Als sich Titow im Dunkel der Nacht nach Hause schlich, fand er sein totes Kind und ein stöhnendes, todkrankes Weib, die Folgen seiner Hexenfahrt.

Das Wonnejahr der Aasfresser.

Der Balkankrieg hat auch auf die Tierwelt gewirkt. Auch da hat er große Zerstörungen angerichtet: Reit-, Zug- und Schlachtvieh sind massenhaft draufgegangen. Aber das ist nicht alles. Der Krieg erhält auch.

Man spürt das Kriegsjahr in der Tierwelt bis über die Balkanländer hinaus. Große Bewegung gab es da. Wie die Oesterreichische Monatsschrift für den Orient mitteilt, sind aus Oesterreich-Ungarn und Rumänien Raben, Krähen und ähnliche Aasvögel massenhaft abgewandert, und auf den Schlachtfeldern der Balkanhalbinsel haben sie sich natürlich nicht bloß an den Leichen gefallener Tiere, sondern auch an den lockenden Leichnamen oberflächlich oder gar nicht begrabener Menschen gütlich getan. Auch Wölfe sollen sich als Nachzügler der Schlachten in diesem Winter auf der Balkanhalbinsel zahlreicher als sonst bemerkbar gemacht haben.

Da sieht man doch, daß Kriege durchaus nicht bloß zerstören. Allen Bestien war es ganz kannibalisch wohl.

Letzte Nachrichten.

Die bulgarischen Greueltaten.

London, 21. August. Der Daily Telegraph veröffentlicht einen Bericht einer genauen Untersuchung über die von den Bulgaren verübten Greueltaten, besonders was Adrianopel anbetrifft. Die Untersuchung liefert den Beweis, daß die türkischen Anschuldigungen nicht nur wahr sind, sondern daß die verübten Grausamkeiten in Wahrheit alle Begriffe überschreiten. Die Adrianopeler Frauen, von den muselmanischen ganz abgesehen, Griechinnen, Jüdinnen und Armenierinnen, wurden vergewaltigt. Die Bulgaren bemächtigten sich ganz besonders der türkischen Frauen und respektierten weder deren Stellung noch Alter. Von den jungen Mädchen sind viele geflohen, um ihre Schande zu verbergen. Die fremden Konsuln, die gegen diese Gewaltakte Protest erhoben, wurden in arroganter Weise von den bulgarischen Behörden zurückgewiesen. Der Bericht ist von einem russischen Beamten ausgearbeitet, der speziell zu diesem Zweck nach Adrianopel entsandt worden war.

Schweres Unglück in einem Wasserleitungsschacht.

Neuyork, 21. August. In einem Wasserleitungsschacht entstand auf bisher unaufgeklärte Weise ein Feuer. Ueber 50 Menschen sollen ums Leben gekommen sein. Wie eine spätere Meldung besagt, ist der Schauplatz des Unglücks ein Schacht der neuen Catscille Wasserleitung im Stadtteil Bronx. Von den 120 dort beschäftigten Arbeitern ist die Mehrzahl gerettet worden, von denen aber viele Verletzungen erlitten. Für die Rettung der noch unter Tag befindlichen 65 Menschen hegt der Chef der Feuerwehr nur geringe Hoffnung. Rettungsmannschaften versuchen jetzt durch den dichten Qualm zu dringen. Der Brand wütet 450 Fuß unter Tag.

Rom, 21. August. Der Schnellzug Rom-Neapel ist bei Neapel entgleist. Zwei Eisenbahnbeamte und ein Reisender wurden getötet, neun Personen verletzt. Ausländer befinden sich nicht unter ihnen.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, für Lokales und Provinzielles Gottlieb Kasparek, für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig, sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0003

Nussbaum's

Mod. Damen-Handtasche, oben Beschlag jetzt **39** Pf.

39 Pfennig Tage

Portemonnaies, Leder, m. Zahltasche **39** Pf.

in allen Etag. sind grosse Mengen Waren zu Einheitspreisen von 39 Pf. auf Extra-Tischen ausgelegt.

Beginn: Donnerstag den 21. Schluss: Sonntag den 31. August.

2928

Kinder-Schuhe, teils mit Ledersohle, Absatzfleck bis Gr. 24 Paar **39** Pf.

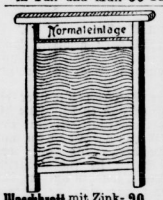
Gummiabsätze, voll u. rund, Marke „Rigoit", gute Qual., Paar **39** Pf.

Rieseupost. Herren-, Damen- und Kinder-Pantoffel, in Melton und Kord . . Paar **39** Pf.

Mod. Leuchter mit Kerze, wie Abbildung **39** Pf.

Sensationell!

Mod. Plisseekragen in Tüll und Mull **39** Pf.



Waschbrett mit Zink-Einlage **39** Pf.

Emaille-Wassereimer, neublau und grau **39** Pf.

Starkes Marktnetz mit Holzgriff . . **39** Pf.

ff. lack. Brotkorb mit Ansicht von Halle **39** Pf.

Teekanne . . . **39** Pf.

2 Paar Teetassen, dek. **39** Pf.

Satz Schüsseln, 4 teilig **39** Pf.

Kissen m. Rückwand, gez. . . . . **39** Pf.

Handarbeiten.

1 Schlafz.-Wandschoner, weiss gezeichnet	39 Pf.
1 Küchen-Wandschoner, grau gezeichnet	39 Pf.
1 Küchenhandtuch mit Franse, gezeichnet	39 Pf.
1 Parade-Handtuch. w. gez.	39 Pf.
4 Quadrate, gezeichnet	39 Pf.
1 Leitungsschoner, gez.	39 Pf.
1 Klammerschürze, gez.	39 Pf.
1 Tülldecke, 60/60	39 Pf.
2 Tüllschoner . . . . zus.	39 Pf.
1 gest. Decke 35/35	39 Pf.
5 m Küchenborte, gez.	39 Pf.
1 Stuhlkissen m. Frans., gez.	39 Pf.
1 Nadelkissen, fert. gest.	39 Pf.

Steingut u. Porzellan.

3 Paar weisse Tassen, Porz.	39 Pf.
1 gr. Porz.-Bratenschüssel	39 Pf.
1 Waschbecken	39 Pf.
1 dek. Sauciere	39 Pf.
1 gr. dek. Nachtgeschirr	39 Pf.
10 Speiseteller, tief u. flach	39 Pf.
3 dek. Vorratstonnen m. Schr.	39 Pf.
1 Salz- oder Mehlmeste	39 Pf.
3 Paar Tassen, engl. dek.	39 Pf.
3 Abendbrotteller, dek.	39 Pf.
1 Kaffeekanne, dek.	39 Pf.
1 Butter- oder Zuckerdose	39 Pf.
2 Stck. weisse Milchtöpfe, Porz.	39 Pf.
10 Stck. Goldrand-Untertassen	39 Pf.

Lederwaren.

Rucksack m. Lederriemen	39 Pf.
Plaid-Riemen	39 Pf.
Bücherträger	39 Pf.
Feldflaschen	39 Pf.
Wachstuchmappen	39 Pf.
Markttaschen	39 Pf.
Frühstückstaschen	39 Pf.
Brieftaschen	39 Pf.
Taschen-Necessaires	39 Pf.
Taschenbürsten	39 Pf.
Picknickkoffer	39 Pf.
Stell-Spiegel, Zell.	39 Pf.

Weisswaren.

Posten Tülljabots, plissiert	39 Pf.
Post. Stück.-Matrosenkragen	39 Pf.
Posten Ansteckröschen, mod. Ausführung	39 Pf.
Post. Matrosengarnit., bt., weiss	39 Pf.
Kieler Knoten mit und ohne Schriftband	39 Pf.
1 Karton Halsrüschen, ausreichend für 6 Stück	39 Pf.
Waschpaspel, 4 m im Karton	39 Pf.
Lavalliers . . 4, 3, 2 od. 1 St.	39 Pf.
Posten Tabarinkragen	39 Pf.
Spachtelkragen, ecru u. weiss, runde und eckige Form	39 Pf.
Blusenkragen, moderne Form, Batist gestickt	39 Pf.

Leder-Uhr-Armbänder alle Weiten

Stck. **39** Pfg.

Herren-Artikel.

Posten Herren-Steh- u. Umlegekragen, alle Weiten, verschied. Höhen, Stück	39 Pf.
Posten Serviteurs, weiss, weich, mit Seidenstr. u. Pique jetzt Stück	39 Pf.
Posten Serviteurs, farbig, weich u. gestärkt, hell u. dunkel gemustert . . . . Stück	39 Pf.
Post. Garnitur., mod. Must. (Serv. u. Mansch.) jetzt	39 Pf.
Riesenposten Regattes u. Selbstbinder, neue mod. Must. zum Aussuchen . Stück	39 Pf.
Riesenposten schwarze Regattes, Binder und Diplomaten jetzt z. Aussuch., Stück	39 Pf.
Post. Herren-Hosenträger (Gummi)	39 Pf.

Haushaltwaren.

1 Quirlgarnitur, komplett	39 Pf.
4 Deckelhalter	39 Pf.
10 Stück Kleiderbügel	39 Pf.
1 Messerputzbank	39 Pf.
1 gross. lackiert. Wichskasten	39 Pf.
6 Pack. Blitzblank-Scheuerpulv.	39 Pf.
4 Stck. Aluminium-Esslöffel	39 Pf.
6 Stck. Aluminium-Kaffeelöffel	39 Pf.
5 Stück Klavier-Kerzen	39 Pf.
1 ff. lackierter Waschständer	39 Pf.
1 ff. Kleider- od. Hutbürste	39 Pf.
1 ff. lackierter Briefkasten	39 Pf.

Seife-Parfümerie.

Mundwasser . . . Flasche	39 Pf.
Eis-Bayrum . . . Flasche	39 Pf.
Birkenwasser . . Flasche	39 Pf.
Eu de Quinine	39 Pf.
Zahnbürste m. Glashülse	39 Pf.
Riegel Haushalt-Seife	39 Pf.
Lilienmilchseife . 5 Stück	39 Pf.
Blumenfettseife . 5 Stück	39 Pf.
Blumenseife, Veilchen etc. Karton 3 Stück	39 Pf.
Cell.-Zahnbürstenständer	39 Pf.
Welleneisen	39 Pf.
Fensterleder	39 Pf.
Wasch-Eau de Cologne	39 Pf.

Konfitüren.

4 Stück Marzipanstangen	39 Pf.
2 Tafeln Nuss-Schokolade	39 Pf.
1/2 Pfund Waffelmischung	39 Pf.
1/4 Pfund Sahnenwaffeln	39 Pf.
1/2 Pfund Konfekt	39 Pf.
1/2 Pfund Bruch-Schokolade	39 Pf.
1 Pfund Honig-Malzbonbon	39 Pf.
1 Pfd. bayrische Malzbonbon	39 Pf.
1 Pfd. gemischte Fruchtbonb.	39 Pf.
1/2 Pfund Kaiser-Drops	39 Pf.
1/2 Pfd. gefüllte Honigkissen	39 Pf.

Posten Herren-Sport- o. Ballon-Mütze St. **39** Pf.

Wachstuch-Südwester	39 Pf.
Knaben-Sport-Mützen, engl. F.	39 Pf.
Prinz Heinrich-Mützen	39 Pf.
Posten Spazierstöcke z. Auss.	39 Pf.

Handtuchhalter wie Abbild. . **39** Pf.

Gardinen-Abteilung.

Riesenposten Fensterspitze in engl. Tüll und Erbstüll, mit und ohne Volants, z. Auss. . Meter	39 Pf.
Riesenposten Scheibengardinen u. Gardinenstoffe, moderne kleine Dessins, weiss und elfenbein, zum Aussuchen . Meter	39 Pf.
Ein grosser Posten farbige Gardinenmulle, ca. 75 cm breit, Wert bedeutend höher, Mtr.	39 Pf.
Riesenposten Möbelstoffe, Croise und Kattune, mod. Rosenmust. etc. . . . . Mtr.	39 Pf.
Riesenposten Wachstuchspitze, bis 7 cm breit, Coupon 7 bis 8 Meter zusammen	39 Pf.
Ein Posten abgepasste Gummiunterlagen mit Storchbild, gar. wasserdicht	39 Pf.

Emaille.

Kehrschaufel	39 Pf.
Maschinentopf mit und ohne Ausguss	39 Pf.
1 Essenträger	39 Pf.
1 Schaffnerkrug	39 Pf.
1 Schmortopf, 20 cm	39 Pf.
1 Wasserkessel	39 Pf.
1 Waschbecken mit Seifnapf	39 Pf.
1 Kasserolle, neublau oder grau	39 Pf.

Rein-Aluminium.

1 Schmortopf, 14 cm	39 Pf.
1 Schöpf- oder Schaumlöffel	39 Pf.
1 Kasserolle, 14 cm	39 Pf.
1 Durchschlag	39 Pf.
1 Wassermaß, 1/2 Liter	39 Pf.

Schreibwaren.

Briefkassette 25 Bogen, 25 Kuverts	39 Pf.
50 Briefkarten, 50 Kuverts elfenbein	39 Pf.
25 Leinen-Karten, 25 farbige Seidenf.-Kuverts	39 Pf.
1 Metall-Löscher	39 Pf.
Briefkasette, 20 Bog., 20 seidf. Kuverts	39 Pf.
200 Geschäfts-Kuverts	39 Pf.
Postkarten-Album für 200 Karten	39 Pf.
Davidis Kochbuch	39 Pf.
3 Rollen Toilette-Papier	39 Pf.
Schüler-Etuis, rein Leder	39 Pf.
Poesie-Album, mod. Einbände	39 Pf.
100 Crep-Servietten, weiss	39 Pf.

Seiden-Bänder.

fabelhaft billig!

Riesenposten Seidenabschnitte, ca. 75 cm lang . . . 2 oder 3 Stück	39 Pf.
Riesenposten Seiden-Limineuxband, ca. 11 cm breit, mod. Farb., Mtr.	39 Pf.
Riesenposten Seiden-Taffetband, ca. 3 cm breit . . . 4 Meter	39 Pf.
Riesenposten Seiden-Taffetband, ca 5 cm breit . . . . 2 Meter	39 Pf.
Riesenpost. reins. Taffetband, schw. u. weiss, ca. 6 u. 8 cm breit, 33 1/3 % unt. Preis, jetzt Mtr.	39 Pf.

Strümpfe — Handschuhe.

Posten Damenstrümpfe, engl. lang, schwarz u. braun, ohne Naht . . . . . Paar	39 Pf.
Damenstrümpfe, durchbrochen, schwarz und lederfarb., engl. lang . . . . Paar	39 Pf.
Posten Herren-Socken, grau Vigog. oder einfarb. mit bunten Rand . . Paar	39 Pf.
Posten Damenhandschuhe, lang u. halblang, farb., weiss u. schw., durchbr., 2 Druckknöpfe, zum Aussuchen . Paar	39 Pf.
Sport-Serviteur f. Herren, mit Stehumlegekragen	39 Pf.
Gestr. Kinder-Höschen	39 Pf.
4 oder 3 Stück Ersatz-Aermel und Kragen, Bündchen für Trikot-Hemden	39 Pf.

Diverses.

1 Puddingform	39 Pf.
1 grosse Springform	39 Pf.
1 Kaffeeflasche	39 Pf.
1 ff. Rosshaar-Handfeger	39 Pf.
1 Schrubber mit Stiel	39 Pf.
1 Kopf- oder Kleiderbürste mit verzierter Metalldecke	39 Pf.
1 Küchenlampe komplett	39 Pf.

Glas.

5 Goldrand-Bierbecher	39 Pf.
3 Weingläser, Spezial-Kristall	39 Pf.
2 Weinrömer mit antik. Kelch	39 Pf.
1 grosser Wasserkrug	39 Pf.
1 Kompottschüssel } zus.	39 Pf.
6 Kompotteller } zus.	39 Pf.

Manufakturwaren.

2 schwere Drell-Handtücher	39 Pf.
2 starke Gerstenk.-Handtüch.	39 Pf.
1 halbleinen Jacquard-Handtuch	39 Pf.
4 Poliertücher	39 Pf.
2 □ Wischtücher, ges. und geb., 50/50	39 Pf.
2 Drell-Servietten	39 Pf.
1 Meter Batist	39 Pf.
Posten Hohlsaum-Servietten	39 Pf.
Posten Gerstenkorn-Handtücher, Gr. 46×105, Stück	39 Pf.

Fabelhaft billig!
Ein Riesenp. Hemdentuche Linon, Piqué, Köper und Blusen-Barchent jetzt durchweg Meter **39** Pf.

Wäsche — Schürzen.

2 Stück Erstlings-Jäckchen	39 Pf.
1 Wickeltuch, weiss od. bunt	39 Pf.
Frottierhandtuch, weiss od. bunt	39 Pf.
Knaben- oder Mädchenhemd, versch. Gr.	39 Pf.
Knaben- oder Mädchenhemd, bunt Barchent, versch. Gr.	39 Pf.
Herren-Taschentücher, weiss od. mit bt. Kante, 3 Stück	39 Pf.
Damen-Taschentücher, weiss 3 Stück	39 Pf.
Posten Mädch.-Schürz. gestr. Gingham Stück	39 Pf.
Posten Knab.-Wachstuch-Schürzen St. jetzt	39 Pf.
Posten Haus-Schürzen bunt oder weiss jetzt St.	39 Pf.
Untertaille m. Stick. jetzt St.	39 Pf.

Garnitur wie Abbild. **39** Pf.

Kinder-Service, 3teil. Porzellan . . . **39** Pf.

Grosse Majolika-Schale . . . . **39** Pf.

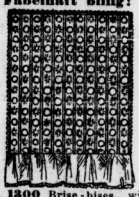
Kompl. Aluminium-Kinderbesteck . . **39** Pf.

Frisier-u. Staubkamm schwarz od. weiss **39** Pf.

Moderne Armreifen, Alpakka . Stück **39** Pf.

Moderne Kamm-Garnitur . . . . **39** Pf.

Fabelhaft billig!



Ca. 1300 Brise-bises, wie Abbildung u. and. Muster, sämtl. mit Volant Stück **39** Pf.

Millieux. 60×60, gezeichnet, grau u. weiss imit. Lein. **39** Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 196 Halle (Saale), Freitag den 22. August 1913 24. Jahrg.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Der Bericht unserer Reichstagsfraktion an den Parteitag in Jena ist nunmehr erschienen. Er ist recht umfangreich, mit 103 Seiten ist er mehr als doppelt so groß als der Parteivorstandsbericht und behandelt demgemäß die Tätigkeit der Fraktion sehr eingehend. Der Bericht beschränkt sich darauf, alle parlamentarischen Vorgänge, an denen unsere Fraktion beteiligt war, rein referierend wiederzugeben und überläßt die Kritik den Parteigenossen. Wir werden nach und nach aus dem Berichte einige Abschnitte wiedergeben, die die allgemeine Oeffentlichkeit besonders lebhaft interessieren.

•

Der Fall Krupp.

Der zweite Teil der Generaldebatte über den Heeresetat stand ausschließlich unter dem Eindrucke der aufsehenerregenden Enthüllungen, die unser Genosse Liebknecht über die Praktiken und Schleichwege unserer Militärlieferanten machte. Er verwies auf die Mitteilungen des Schriftstellers Martin über die Verhältnisse auf den Dillinger Werken; er forderte ferner den Kriegsminister auf, sich einmal die Akten über einen Fall Schöps geben zu lassen, die interessantes Material über die Deutsche Munition- und Waffenfabrik enthielten. Besonders wichtig sei ein Brief, der an einen Agenten dieser Gesellschaft nach Paris gerichtet war und in dem der Agent aufgefordert wurde, einen Artikel in einer der gelesensten französischen Zeitungen, möglichst im Figaro, durchzusetzen, der folgenden Wortlaut haben sollte:

Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffnung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.

Diese falsche Nachricht sollte lanciert werden, um damit in Deutschland für neue Rüstungen Stimmung zu machen und daran Geld zu verdienen. Aber dieser Fall sei keineswegs vereinzelt. Auch unsere größte deutsche Waffenfabrik arbeite mit ähnlichen verwerflichen Mitteln: „Der Vorstand der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, Essen an der Ruhr, unterhielt — darf ich jetzt sagen — in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden, der Armee und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von geheimen Schriftstücken zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessiert. Was sie interessiert, sind besonders Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, Angaben über Konstruktion der Behörden sowie der Konkurrenz, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber die Preise, welche andere Werke fordern oder die ihnen bewilligt werden. Herrn Brandt sind zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung gestellt. Die berühmte Firma nutzt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preußische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten. Dieser Zustand besteht seit Jahren. In den Geheimschränken eines Herrn von Dewitz in Essen, eines hohen Beamten der Firma Krupp, liegen — oder lagen! — diese geheimen Berichte sämtlich aufgestapelt.“ Genosse Liebknecht wies darauf hin, daß es sich bei seinen Mitteilungen nicht um Vermutungen, sondern Tatsachen handele, von denen er dem Kriegsminister Mitteilung gemacht habe. Die Untersuchung sei im wesentlichen abgeschlossen und habe alles bestätigt, was er vorgetragen habe. Es sei eine zwingende Notwendigkeit, daß mit solchen Zuständen ein Ende gemacht werde und solche Sorte Patrioten den gebührenden Denkzettel bekämen. Die Regierung dürfe mit solchen Firmen keinerlei Beziehungen unterhalten. Ferner ergebe sich daraus die Notwendigkeit, die gesamte Rüstungsindustrie so schnell wie möglich zu verstaatlichen, um eine Interessentenklasse auszumerzen, deren Existenz eine ständige Kriegsgefahr für die ganze Welt bedeutet.

Der Kriegsminister suchte über diese für ihn peinlichen Enthüllungen zunächst mit einigen Witzen hinwegzukommen. Den Fall Krupp glaubte er damit abtun zu können, daß er die Schuld auf einen „unteren Beamten“ der Firma abzuschieben versuchte, der „einige Feldwebel“ des Zeug- und Feuerwerkspersonals zu Mitteilungen verleitet habe, die „gegen ihre Dienstpflicht“ waren. Im übrigen hielt er es für geschmackvoll, ausdrücklich zu betonen, „daß das deutsche Heer mit der Firma Krupp ein Jahrhundert lang zusammengearbeitet hat und daß sich diese Firma sehr viele Verdienste um die deutsche Armee, insbesondere um die deutsche Artillerie und damit auch um das deutsche Vaterland erworben hat. Losgelöst von dieser Sache müssen wir dies dankbar anerkennen.“

Den bürgerlichen Parteien war bei den Enthüllungen Liebknechts weniger wohl zumute gewesen, sie suchten teils mit Ausreden, teils mit einer Kritik der enthüllten Zustände darüber hinwegzukommen.

Um so energischer rechnete Genosse Liebknecht in einer zweiten Rede mit dem Kriegsminister ab. Es seien Geheimnisse intimster Art verraten worden, und zwar auf Bestechung durch Kruppsche Angestellte. Er habe eine Anzahl von Abschriften von diesen Geheimschriften in seinen Händen. Einige der Papiere habe er loyalerweise dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt. Jetzt scheine man die Verantwortung auf untere Beamte abwälzen zu wollen. Das sei weder ritterlich noch richtig. Der Herr v. Dewitz gehöre nicht zu den Kleinen der Firma Krupp. Die bürgerliche Rüstungspresse suche ihn wegen der Enthüllungen in schnoddriger Weise zu verhöhnen, und der Kriegsminister widme der patriotischen Firma Krupp noch einen Lorbeerkranz, während er ihn (Liebknecht) herabzusetzen versuche. Er habe es aber im Interesse des Gemeinwohls für seine Pflicht gehalten, die gemeingefährlichen Praktiken der Rüstungsinteressenten aufzudecken. „Diese Leute, wie sie in der Firma Krupp, wie sie in der Waffen- und Munitionsfabrik, wie sie in dem Werke Dillingen das große Wort führen und diese Geschäftspraktiken ausführen, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der jetzt neu geforderten Milliarden aus den Taschen des Volkes gezahlt werden sollen . . . und die als die schlimmsten Scharfmacher die Massen der Bevölkerung gewalttätig niederhalten, das sind die Rufer zum Streite in der Unterdrückung der Bevölkerung, die Hauptschreier nach Zuchthaus und Ausnahmegesetzen. Das sind dieselben Leute, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu machen sich erdreisten. Diese Musterpatrioten dürften gerichtet sein mit ihrem Gebaren, das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt . . . Wir wollen abwarten, ob auch die Mehrheit dieses Reichstags die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen wird, die im Interesse des europäischen Friedens gezogen werden müssen.“

Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Die Enthüllungen Liebknechts über die Rüstungsindustrie veranlaßten die Budgetkommission, einen Antrag einzubringen, wonach vom Reichskanzler zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen eine Kommission berufen werden sollte, zu der vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige zugezogen werden sollten. Die sozialdemokratische Fraktion war mit diesem Antrage nicht zufrieden und beantragte statt dessen, daß der Reichstag selber eine Kommission von 21 Mitgliedern einsetzen sollte, der durch einen besonderen Gesetzentwurf die Rechte ordentlicher Gerichte für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie für die Anordnung der Durchsuchung und Beschlagnahmung eingeräumt werden sollten.

Genosse Ledebour begründete unsern Antrag. Es müsse eine rein parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, weil die Regierung bis zu einem gewissen Grade in dieser Sache Partei sei. Eine gründliche Erforschung der üblen Machenschaften und Einflüsse der Rüstungsinteressenten sei nur möglich, wenn der Kommission zugleich die Rechte der Zeugenvernehmung eingeräumt würden. Die Regierung habe sich in der Frage der Rüstungsinteressenten schwere Unterlassungssünden zuschulden kommen lassen und besitze daher nicht das nötige Vertrauen.

Der Staatssekretär Delbrück trat sowohl dem Antrage der Kommission als auch dem sozialdemokratischen Antrage entgegen. Das Verlangen der Anträge sei verfassungswidrig, der Reichstag greife mit den Anträgen über seine Rechte hinaus. Dieser Auffassung traten einige bürgerliche Redner und von unserer Fraktion Genosse Frank entgegen. Die vom Reichstag geforderte Kommission sei zwar in der Reichsverfassung nicht vorgesehen, aber sie sei auch durch die Verfassung nicht verboten. Also habe der Reichstag das Recht, Kommissionen zu berufen, falls er sie für notwendig halte. Die Regierung besitze keineswegs die Autorität und das Vertrauen im Reiche, um die Zusammensetzung einer solchen Kommission zu bestimmen. Das von uns verlangte Recht der Kommission, Zeugen zu vernehmen, sei eine notwendige Fortbildung des Verfassungsrechts.

Unser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag der Kommission, mit dem sich die Regierung schließlich abfand, nachdem ihr das Recht der Berufung der Mitglieder uneingeschränkt eingeräumt worden war, wurde angenommen.

Die Beschlußfassung bei Interpellationen.

Die Interpellationen sind ein wertvolles parlamentarisches Mittel, um wichtige politische Angelegenheiten, die plötzlich in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten sind, im Reichstage außerhalb der üblichen Tagesordnung zur Sprache zu bringen. Die meisten Interpellationen werden von den oppositionellen Parteien eingebracht. Es ist das ein Beweis dafür, daß sie ein lebhafteres Interesse an den politischen Vorgängen des Tages haben als die Regierungsparteien, daß sie vor allen Dingen aber wünschen, daß die berufene Vertretung des deutschen Volkes möglichst bald zu neu auftauchenden Fragen von größerer politischer Tragweite Stellung nimmt.

Früher gingen die Interpellationsdebatten leider stets ergebnislos aus, da eine Beschlußfassung am Ende einer solchen Debatte nach der Geschäftsordnung nicht zulässig war. Der neue Reichstag hat in dieser Beziehung einen kleinen Fortschritt erzielt: es kann jetzt als Abschluß einer Interpellationsdebatte darüber abgestimmt werden, ob die Erklärung des Reichskanzlers den Anschauungen des Reichstags entspricht oder nicht entspricht. Die der Form nach schärfere Wendung „billigen“ oder „mißbilligen“ hatten die bürgerlichen Parteien nicht zu beschließen gewagt, obwohl in der Sache eine jede derartige Abstimmung auf ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum hinausläuft.

Freilich ist auch damit im heutigen halbabsolutistischen Deutschland noch nicht viel erreicht, da noch jede Regierung es wagen darf, dem Votum des Reichstags zu trotzen. Als in einem Falle dem Reichskanzler mit überwiegender Mehrheit ein unzweideutiges Mißtrauensvotum ausgesprochen worden war (siehe Interpellation über die Enteignung polnischer Gutsbesitzer), dachte dieser Herr in seiner „gottgewollten Abhängigkeit“ von einem „Höheren“ nicht im Traume daran, um seine Entlassung nachzusuchen. Er hat vielmehr weiter „regiert“, als ob nichts geschehen wäre. Und der Reichstag hat sich diese Mißachtung schweigend gefallen lassen.

Ueber die formelle Gestaltung des Antrags am Schlusse einer Interpellationsdebatte ist es gleich zu Beginn des neuen Sessionsabschnittes anläßlich einer sozialdemokratischen Interpellation zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte gekommen. Die Sozialdemokratie hatte sich bei ihrem Antrag nicht nur auf die kurze Formel „entspricht nicht den Anschauungen des Reichstags“ beschränkt, sondern ihr Antrag stellte eine Reihe von Punkten auf, für die das Mißtrauen ausgesprochen werden sollte, während eine Reihe anderer zur Sache gehöriger Punkte nicht mit aufgezählt worden waren, für sie also auch kein Mißtrauen ausgesprochen wurde. Die Sozialdemokratie hielt es für richtig, bei Regierungserklärungen, die zu einer Frage mit ihren verschiedenen Einzelheiten Stellung nehmen, bei dem Beschluß des Reichstages gleichfalls nach der verschiedenartigen Stellungnahme der Regierung zu den einzelnen Punkten zu differenzieren, weil sich nicht jede Frage zu einer Vertrauensfrage für die Gesamtpolitik der Regierung eignet. Die kurze Formel zur Bekundung des Vertrauens oder Mißtrauens zur Gesamtpolitik der Regierung wollte die Sozialdemokratie daneben selbstverständlich auch, und zwar in erster Linie, beibehalten. Die bürgerlichen Parteien wollten aber nur die kurze Formel anerkennen aus Besorgnis darüber, daß sie sonst leichter in Gefahr kommen könnten, der Regierung in Einzelheiten ihr Mißtrauen aussprechen zu müssen. Die sozialdemokratische Fraktion mußte sich für den besonderen Fall zunächst mit der Auslegung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit abfinden. Sie verlangte aber, daß die Angelegenheit noch einmal in der erweiterten Geschäftsordnungskommission beraten und klargestellt werde. Diesem Verlangen wurde entsprochen. Eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

Von den sieben Interpellationen, die in der Berichtsperiode im Reichstage eingebracht worden sind, sind vier von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen; außerdem haben noch die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Polen je eine Interpellation eingereicht. Die sozialdemokratischen Interpellationen betrafen: die Teuerung, den Wagenmangel im Ruhrgebiet, die Ausnahmegesetze für das Elsaß und die Auswärtige Politik.

Gewerkschaftliches.

Zu den neuen Konflikten auf den Werften.

Wie aufreizend das Verhalten der Werftbesitzer auf die streikenden Werftarbeiter einwirken muß, geht am besten aus der Stellungnahme der Hamburger Unternehmer gegenüber den Arbeitern hervor. Nach den Vereinbarungen mit dem Unternehmerverband sollten sich die Schiffsbauer zuerst melden. Von den Schiffsbauern ist aber nur eine geringe Zahl wirklich eingestellt worden. Am Dienstag prangte im Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes ein Plakat, wonach die Schließung des Nachweises angedroht wurde, wenn sich nicht bis Dienstag sowohl in Hamburg als in den übrigen Werftorten alle Arbeiterkategorien zur Arbeit gestellt hätten. Der Arbeitsnachweis wurde schon um 2 Uhr nachmittags geschlossen, obwohl Tausende von Arbeitern vor den Toren warteten. Außerdem sollte der Unternehmerverband bis Montag Bescheid geben, in welcher Weise die übrigen Branchen, außer den Schiffsbauern, eingestellt werden sollten. Als der Bescheid nicht eintraf, erhielt auf eine Anfrage hin die Streikleitung die Antwort: Der Sekretär des Unternehmerverbandes sei verreist.

Die Weigerung der Arbeiter, durch den Unternehmernachweis sich einstellen zu lassen, wird verständlich, wenn wir hören, daß es bei der Wiedereinstellung nicht ohne Ausliebung vor sich geht. So wurden von den sich täglich meldenden 1500 bis 2000 Arbeitern nur 500 bis 800 auf den Werften angenommen. Nachdem trafen aber die Werften unter den zur Arbeit Zurückkehrenden noch eine Auswahl. Da wird es verständlich, wenn die Arbeiter zu Gegenmaßnahmen greifen. So beschloß eine Versammlung der Schiffstischler der Hamburger Werften mit 525 gegen 37 Stimmen die Arbeit geschlossen aufzunehmen, aber nur, ohne durch den Unternehmer-Arbeitsnachweis eingestellt zu werden. Die Organisationsleitung wurde von den Versammelten beauftragt, wegen der Durchführung dieses Beschlusses mit den Unternehmern zu verhandeln und einer weiteren Versammlung der Ausständigen über das Resultat der Verhandlung Bericht zu erstatten.

Wie schon berichtet, haben die Werftbesitzer darauf mit der gänzlichen Schließung des Arbeitsnachweises geantwortet.

Zu dem Konflikt auf den Stettiner Werften wird uns gemeldet, daß die Metallindustriellen auch dort den Arbeitsnachweis gänzlich geschlossen haben, weil die Nieter sich weigerten, die Arbeit zuerst aufzunehmen. Die Nieter haben am Mittwoch vormittag eine Versammlung abgehalten, in der eine Kommission gewählt wurde, die bei den Werftbesitzern vorstellig werden und sie fragen sollte, ob die Einstellung der Streikenden nacheinander innerhalb der nächsten 3—4 Tage erfolgen würde. Die Werftbesitzer aber haben sich auf weitere Verhandlungen nicht eingelassen.

Der Klempnerstreik in Kolberg

ist nach kurzer Dauer mit vollem Erfolge für die Streikenden beendet worden. Die Meister haben einen Tarif abgeschlossen, der die Regelung der Arbeitszeit, Mindestlöhne, Zuschläge für Ueberlandarbeit, höhere Bezahlung der Ueberstunden, Schmutzarbeit usw. vorsieht. Es ist der erste Tarif, den die Klempner in Kolberg abschließen; seine Geltungsdauer beträgt zwei Jahre. Der Abschluß ist um so bedeutungsvoller, als alle Meister den Vertrag anerkannt und unterzeichnet haben.

Nach dem Tode Bebels.

Bebel und die soziale Gesetzgebung.

Beim Abschluß seines kampfesreichen Lebens konnte Bebel auf eine 46jährige parlamentarische Tätigkeit zurückblicken. In einem halben Jahrhundert gehen auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung beträchtliche Wandlungen vor sich; und gedenkt man der sozialpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahrzehnten getroffen worden sind, so bleibt unbestritten, daß der Arbeiter seit jenem Märztage des Jahres 1867, wo Bebel zum ersten Male das alte Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße betrat, auf gesetzgeberischem Gebiete eine damals kaum vorausgeahnte Bedeutung erlangt hat. Dennoch sind die Fortschritte verhältnismäßig geringfügig, wenn man sich erinnert, was vor bald 50 Jahren von unseren Führern gewollt wurde und was seitdem erreicht worden ist. Als nach langem Drängen im Jahre 1869 endlich die Gewerbeordnung im Reichstage beraten wurde, beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten Bestimmungen, nach denen die Streitigkeiten über Kündigungsfristen usw. besonderen Gewerbegerichten überwiesen werden sollten; sie forderten ferner das Verbot des Trucksystems, desgleichen obligatorische Fabrikordnungen für alle Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern. Weiter beantragten sie Bestimmungen über den Lehrvertrag, die Aufhebung der Arbeitsbücher, sowie das Verbot der Fabrikarbeit usw. für Kinder unter 14 Jahren. Auch verlangten Bebel und Genossen das Verbot der Sonntagsarbeit, einen zehnstündigen Normalarbeitstag für Betriebe mit mehr als zehn Lohnarbeitern, volle Vereinigungsfreiheit für die Gewerkschaftsorganisationen und die Einführung der Gewerbeinspektion.

Ein einziger dieser Anträge, nämlich der über die Abschaffung der Arbeitsbücher, hatte Erfolg. Allerdings nur auf einige Jahre, denn am Ende der siebziger Jahre beschloß der Reichstag, die Arbeitsbücher wenigstens für Personen unter 21 Jahren wieder einzuführen. Alle übrigen Anträge wurden als utopistisch von der liberalen Mehrheit des Reichstags abgelehnt, zum Teil unter Hohnrufen. Ganz besonders wandten sich etliche Fortschrittler gegen den Gedanken, daß die Unternehmer sich sollten in ihren Fabriken von staatlich angestellten Personen kontrollieren lassen.

Einige der wichtigsten von den hier aufgezählten Forderungen — wir erinnern nur an die Sicherstellung des Koalitionsrechts — sind ja auch jetzt noch unerfüllt. Von anderen hingegen begreift man heute kaum noch, wie sie überhaupt einst strittig sein konnten. Gewerbegerichte, Fabrikordnungen, zum Teil auch der Zehnstundentag, sind gesetzlich festgelegt, ebenso das Verbot des Trucksystems, die Sonntagsruhe, das Verbot der Kinderarbeit, sowie die Gewerbeinspektion. Diese Einrichtungen sind sämtlich noch außerordentlich des Ausbaues bedürftig, aber sie beruhen doch wenigstens auf gesetzlicher Grundlage.

An dem Gewollten gemessen, sind die Früchte allerdings noch außerordentlich dürftig. Das hat niemand stärker als Bebel gefühlt, der denn auch sich zuweilen über die gesetzgeberischen Arbeiten mit großer Resignation aussprach. Es sei da an seine Rede auf dem Parteitage zu Dresden 1903 erinnert: „Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbeordnung herumgeflickt! 1869 war die Gewerbeordnung ein gutes Werk. Dann kamen die Novellen, und heute ist sie ein elendes, zusammengestoppeltes Ding voll von Widersprüchen. Die Zeit hat also keinen Beruf mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen, weil die stets wachsenden Interessen- und Klassengegensätze dies unmöglich machen. Ich habe mich oft gefragt, ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit der Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Tretmühlenarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampfeslustig, als daß ich dem lange nachgehangen hätte. Ich sagte mir, da hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden.“

Wo ist der Arbeiter, den nicht zuweilen gleichfalls das hier von Bebel zum Ausdruck gebrachte Empfinden beseelte? Unter schweren Opfern muß der Proletarier mit den beiden Verbündeten, Staat und Unternehmertum, ringen, und oft will es scheinen, als ob alle Mühe umsonst wäre. Da bedarf es denn des Rückblicks auf Jahrzehnte, um feststellen zu können, daß trotz alledem Fortschritte gemacht wurden, wenn sie auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0005

längst nicht befriedigen konnten. Und mit Bebel muß der Arbeiter die trotzige Losung bekräftigen: Da hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden!

•

Der Gemeinderat von Lyon huldigt dem Andenken Bebels.

Paris, 19. August. (Eigner Bericht.) Wir haben bereits berichtet, daß die gesamte französische Presse unserem verstorbenen Führer ehrende Nachrufe gewidmet hat. Immer noch findet man in der Presse Auszüge aus den Lebenserinnerungen Bebels und biographische Notizen über seine Tätigkeit. Nun hat auch die zweitgrößte Stadt Frankreichs, Lyon, das Andenken Bebels durch eine Huldigungsbezeugung geehrt. In der heutigen Sitzung des Gemeinderats von Lyon ist auf Antrag unserer Genossen in Erinnerung an die mutige Haltung während des deutsch-französischen Krieges ein Huldigungsadresse einstimmig angenommen worden. Radikale wie Reaktionäre haben einmütig dafür gestimmt. Dieser Akt bezeugt nicht nur die hohe Achtung, die unser verstorbener Führer in der ganzen Welt genoß, er ehrt auch die Stadt Lyon — und das französische Volk

•

„Ultramontane Leichenfledderer."

Zu der Notiz unseres badischen-Korrespondenten in Nr. 194 des Volksblattes schreibt uns Genosse A. Weißmann aus Freiburg: „Es ist unzutreffend, daß der Redakteur des Zentrumsblattes Badischer Beobachter, welcher für den Schmähartikel auf den verstorbenen Gen. Bebel verantwortlich ist und ihn jedenfalls auch verfaßt hat, bei meinem Weggang von Karlsruhe den Abschiedstoast ausgebracht hat. Er war in jener kleinen Abschiedsfeier überhaupt nicht anwesend, hat auch sonst nie eine Versammlung des Vereins der Karlsruher Journalisten und Schriftsteller besucht und war meines Wissens jahrelang überhaupt nicht Mitglied desselben. Wenn aber dieser Zentrumsredakteur tatsächlich im Mai 1911 einem scheidenden sozialdemokratischen Redakteur einige Abschiedsworte gewidmet hätte, könnte man mich und die badischen Parteiredakteure dann verantwortlich machen, wenn der gleiche Redakteur im August 1913 einen gehässigen Artikel beim Tode Bebels schreibt? Die Frage aufwerfen, heißt sie glatt verneinen. Des Appells an den Parteivorstand und an den Verein Arbeiterpresse, „daß eine Schärfung des Gefühls dafür hervorgerufen wird, wie weit unsere Vertreter der Presse sich im gesellschaftlichen Verkehr mit den „Kollegen" von der bürgerlichen Schmähjournalistik zu verbrüdern haben" bedarf es für die Redakteure der badischen Parteiblätter nicht. Sie nehmen für sich in Anspruch, daß ihre Prinzipienfestigkeit nicht schon ins Wanken gerät, wenn sie mit anständigen Redakteuren bürgerlicher Blätter bei gelegentlichen Zusammenkünften einige Worte wechseln. Zu appellieren wäre höchstens an den badischen Parteimahner, uns seine guten Ratschläge, die zweifellos im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen sehr „zeitgemäß und nützlich" sind, doch in der badischen Parteipresse zu geben. A. Weißmann."

•

Eine Bebel-Gedenkschrift

gibt die Buchhandlung Vorwärts an diesem Donnerstag heraus. Die Gedenkschrift wird u. a. eine Anzahl Illustrationen, auch vom Leichenbegängnis Bebels, enthalten. Sie ist durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure zum Preise von zehn Pfennigen zu beziehen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 21. August 1913.

Sozialdemokratischer Verein Halle-Saalkreis.

Am Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8½ Uhr, finden gemeinschaftliche Distriktsversammlungen statt. Es tagen die Distrikte 8, 9, 9a, 10 und 11 im Letzten Dreier, Merseburgerstraße; 3, 4, 5, 6, 7 und 7a in den Glauchaer Ballsälen, Lerchenfeldstraße; 1, 2, 12, 13, 14 und 15 im Konzerthaus, Karlstraße; 16, 17, 18, 18a, 19 und 20 im Volkspark, Burgstraße. Die Tagesordnung aller Versammlungen lautet: Bericht der Stadtverordneten über ihre Tätigkeit. Berichterstatter sind die Genossen Beige, Emmer, Gerig und Osterburg.

Da vom 1. bis 15. September die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen ausliegen und da es notwendig ist, die Einsichtnahme in die Wählerlisten zu organisieren, so ist es Ehrenpflicht jedes Genossen und jeder Genossin, in diesen Versammlungen zu erscheinen, um sich über die Bedeutung der Wahlen zu informieren.

Die Distrikte 16, 17, 18, 18a, 19 und 20 tagen der Ausstellung wegen in der Kolonnade. Der Vorstand.

Die Krankenkassenvertreter-Wahl.

Die gestrigen Wahlen der Mitglieder zum Ausschuß der neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse zeigten eine verhältnismäßig sehr starke Beteiligung. Wie unschwer schon im voraus zu ersehen war, langten die drei Wahllokale bei weitem nicht aus. Bei den Gewerbegerichtswahlen mit einer weit geringeren Wählerzahl kennt man 11 (elf) Wahllokale, hier bei den Krankenkassenwahlen, bei denen die Frauen mitwählen können und das Wahlrecht schon mit dem 21. Lebensjahre beginnt, hatte man nur den vierten Teil der Wahlstellen. Warum? Viele Hunderte von Wählern konnten ihr Wahlrecht überhaupt nicht ausüben. Sie mußten wieder umkehren. Der Andrang war stellenweise geradezu lebensgefährlich. Im Bellevue wurden mehrfach Türen und Scheiben eingedrückt. Das hätte vom Versicherungsamt wirklich vermieden werden können.

Abgegeben wurden im Wahllokal Kaiserhof: Arbeitgeber 150 Stimmen, Arbeitnehmer 2566 Stimmen; im Wahllokal Augustinerbräu: Arbeitgeber 413 Stimmen, Arbeitnehmer 3022 Stimmen; im Wahllokal Bellevue: Arbeitgeber 410 Stimmen, Arbeitnehmer 3746 Stimmen. Im ganzen wurden also abgegeben von den Arbeitgebern 973, von den Arbeitnehmern 9334 Stimmen. Wie sich die Stimmen auf die verschiedenen Listen verteilen, läßt sich natürlich erst feststellen, wenn die Kuverts geöffnet werden, was erst noch geschieht.

Im übrigen zeitigte die Wahl manche bemerkenswerten Vorgänge. So ist hervorzuheben, daß auf der Gegenseite mit einer Skrupellosigkeit und Unlauterkeit sondergleichen gekämpft wurde. Während dem Gewerkschaftskartell nicht gestattet wurde, auf der Straße Handzettel zu verteilen und es infolgedessen natürlich auch nicht unternahm, hat der sogenannte „Soziale Ausschuß" ungeniert an verschiedenen verkehrsreichen Straßenkreuzungen seine Materialien verteilt. Die Ortskrankenkasse für die Metall- und Holzarbeiter teilt mit, daß ihr Name mißbraucht worden sei. Sie habe sich an der Wahlagitation der bürgerlichen Gegner nicht beteiligt und gehöre den sog. „Vereinigten Ortskrankenkassen" nicht an. Dieser Mißbrauch ist sehr bezeichnend. Im Wahllokal Augustinerbräu hielt ein besonders begeisterter Anhänger des Sozialen Ausschusses von der Treppe aus eine Rede. Im Wahllokal Kaiserhof kam um die Mittagszeit ein Vorarbeiter mit seinen Leuten an, nahm diesen die zugesteckten Stimmzettel vom Gewerkschaftskartell ab, vertauschte sie mit denen des Sozialen Ausschusses und beobachtete die Leute, bis sie das Wahlgeschäft verrichtet hatten. Ungähnige Male kam es vor, daß „gnädige Frauen" mit ihrem Dienstmädchen ankamen, dasselbe auch ins Wahllokalett begleiteten und warteten, bis das Mädchen wiederkam. Ueberhaupt das „Wahllokalett"! Bei dem Andrang war gar nicht daran zu denken, daß es seinen Zweck auch nur entfernt erfüllen konnte.

Vor dem Wahllokale selbst entfalteten die bürgerlichen Zettelverteiler noch oft die lebhafteste Agitation. „Hier ist die freie Arztwahl", so priesen sie teilweise aufdringlich ihre Zettel an. Als ob die Arztfrage wirklich das Entscheidende an der Wahl wäre. Leider haben sich durch diesen blauen Dunst viele Wähler, namentlich Frauen, einfangen lassen. Die Herren Aerzte werden es an Dank für diese Förderer ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht fehlen lassen. Auch mit ihrem Namen „Sozialer Ausschuß" führt diese bürgerliche Koalition viele Laue irre. Letztere glaubten oft, es mit einer Körperschaft der Sozialdemokratie zu tun zu haben. Dabei ist an dem „Sozialen Ausschuß" nichts weiter sozial als höchstens sein Name. Er ist nur eine Hilfstruppe reaktionärer Drahtzieher.

Für den Augenblick kann das eine als Wirkung der Verhältniswahl in der sozialen Versicherung festgestellt werden: sie hat eine reinliche Scheidung der Geister gebracht. War die Durchführung der sozialen Versicherung seither noch ein Gebiet, wo die verschiedenen Vertreter der Interessenten friedlich schiedlich miteinander arbeiteten, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, so hat das ein Ende gefunden. Auch hier hat der politische Kampf seinen Einzug gehalten und ein Hüben und Drüben wird es geben. Die unfairen Kampfesmittel der vereinigten bürgerlichen Gegner können nicht vergessen werden.

Und noch eins muß vorgemerkt werden: daß die Gruppen, die hier zum erstenmal ihr Wahlrecht ausübten, vor allen Dingen die Dienstmädchen, die Landarbeiter usw. besser aufgeklärt werden müssen. Sie zeigten sich meist in dem Neuen, Ungewohnten noch unbewandert und wurden deshalb von den Gegnern vielfach mißbraucht. Geloben wir uns, als Antwort, auch diese Arbeitergruppen nunmehr zur Organisation möglichst restlos heranzuziehen.

Regen, Zunft und — liberal.

Halle hatte wiederum,
Wie schon viele Male,
Letzter Tage Regen und —
Saftige Skandale.

Ja bei uns ist stets was los.
Nicht nur ew'ger Regen,
Zünftlertoben! Straßenkrach!
Tat die Luft bewegen.

Innungsrauter waren hier,
Zöpfe und Perücken,
Rieten wie am stärksten sie
„Ihre" Leute zwicken.

Schimpften auf die Pullezei
Und den Staatsanwalte,
Daß sie mit der Streikerei
Noch nicht machten Halte.

Streiker soll die Ordnungsfaust
Packen beim Schlawittchen.
Streikeposten weggejagt!
Ingespannt ins Kittchen!

Nur dem Arbeitswilligen
Singt der Zünftler Lieder,
Gelbe Streikebrecher sind
Krauters liebe Brüder.

Innungsrummel, graue Zunft.
Mittelalter — oder
Neue Zeit? Packt ein ihr Herrn,
Bei euch riecht's nach Moder.

•

Sonntag kam der große Goltz
— „Nationale Freude" —,
Führte tausend Schäflein aus
Auf Zungdeutschlands Weide.

Sperrt die Gassen, lähmt Verkehr.
Trommeln. Krach. Trompeten.
Polizei erlaubt das gern —
Sind ja nicht Proleten.

Arbeitsmänner dürfens nicht!
Gleiches Recht für alle?
Ja . . . . . Rive ist doch liberal,
— Liberal wie Halle.

•

Ja bei uns ist stets was los:
Toben Innungsbrüder,
Dann Jungteutschlands Kriegsskandal,
(Nur Rive, der bleibt liberal!)
Und heute — regnets wieder!

Dr. polit. Scharff.

Die Steuerquellen der Gemeinden.

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen werden immer umfangreicher. Im Zusammenhang damit steigen auch immer mehr die finanziellen Lasten, die durch Steuern aufzubringen sind. Nachdem Reich und Staat unablässig auf der Steuersuche sind, hat das Feld, das den Gemeinden zur Ernte dienen könnte, eine immer größere Einschränkung erfahren. Die in Deutschland herrschenden Gemeindesteuersysteme haben daher im Lauf der Zeit eine Umgestaltung erfahren. Mehr und mehr sind die Ertragssteuern in den Vordergrund, und Verbrauchs- und ähnliche Steuern in den Hintergrund getreten.

Eine Steuerstatistik, die alle deutschen Gemeinden umfaßt, ist leider noch nicht vorhanden. Nur für die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern liegen einheitliche Angaben vor. Die hieraus gewonnenen Ergebnisse lassen aber doch eine Uebersicht über das heutige Gemeindesteuerwesen zu, da die betreffenden Gemeinden etwa ein Viertel der gesamten deutschen Bevölkerung umfassen.

Diese Städte, 84 an der Zahl, hatten im Jahre 1911 eine Steuereinnahme von zusammen 591 Millionen Mark. Die Bedeutung dieser Summe läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß die Gesamteinnahme des Deutschen Reichs an Zöllen im selben Jahre nur um 638 Millionen Mark betrug. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet betrug der Gesamtertrag der Steuern 1907: 33,05 Mk., 1909: 36,27 Mk. und 1911: 38,73 Mk. Das ist in den fünf Jahren eine Erhöhung von 5,68 Mk. pro Kopf der Bevölkerung.

Die wichtigste Steuerquelle ist die Einkommensteuer. Sie brachte im Jahre 1911 allein rund 300 Millionen Mark. Ihre Erträgnisse in den einzelnen Städten sind natürlich sehr verschieden. Von 100 Mk. aller Gemeindesteuern kommen aus der Einkommensteuer in Dessau 92,94 Mk., Plauen 89,93 Mk., Leipzig 80,10 Mk., Braunschweig 69,23 Mk., Elberfeld 62,29 Mk., Bielefeld 62,25 Mk. usw., dagegen in Nürnberg nur 26,14 Mk., Fürth 25,80 Mk., Mülhausen i. E. 22,20 Mk., Straßburg i. E. 16,83 Mk.

An zweiter Stelle stehen die Steuern vom Grund- und Hausbesitz. Sie brachten insgesamt 170 Millionen Mark. Davon entfallen 139 Millionen Mark auf die Grund- und Gebäudesteuer, 25 Millionen Mark auf die Steuer vom Grundbesitzwechsel und 5 Millionen Mark auf die Wertzuwachssteuer. Auch hier ist in den einzelnen Städten die Beteiligung der Steuer vom Grund- und Hausbesitz an der Aufbringung der gesamten Gemeindesteuerlast sehr verschieden. In Altona bringt sie 58,54 Prozent des Gesamtertrags der Gemeindesteuern auf, in Plauen und Zwickau bestand dagegen im Jahre 1911 überhaupt noch keine Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuer. Zwischen diesen beiden Extremen bestehen viele Zwischenstufen.

Die Gewerbesteuern brachten 77 Millionen Mark, und zwar die Steuer vom stehenden Gewerbebetrieb einschließlich der Warenhaussteuer 75,6 Millionen Mark, die Steuer von Gast- und Schankwirtschaften, die sogen. Betriebssteuer, 1,5 Millionen Mark, die Steuern von Wanderlagern und Wandergewerben 77 000 Mark. Von 100 Mark Gemeindesteuern entfallen auf die Gewerbesteuer 38,15 Mk. in Kaiserslautern, 32,92 Mk. in Nürnberg, 31,39 Mk. in Stuttgart, dagegen nur 10 Pf. in Chemnitz und 6 Pf. in Dresden. Plauen kennt überhaupt keine derartige Steuer.

Die Verbrauchssteuern brachten bei den in Frage kommenden Städten 20 Millionen Mark. Diese Steuern sind bei vielen Gemeinden überhaupt nicht eingeführt. Die Aufwandsteuer (Hundesteuer, Lustbarkeitssteuer usw.) brachte 13 Millionen Mark. Sie schwankt von 4,26 Mk. pro 100 Mk. Gesamtsteuern in Bonn, bis 19 Pf. in Offenbach a. M. Die Kapitalrentensteuer, die nur in süddeutschen Städten anzutreffen ist, brachte 6,8 Millionen Mark, die Verkehrssteuern 2 Millionen Mark. Letztere betrugen in Wilmersdorf 15,84 Mk., in Neukölln 14,47 Mark usw., dagegen sind sie in Heidelberg, Mainz usw. überhaupt unbekannt. Die Wirtschaftskonzessionssteuern brachten 1,2 Millionen Mark, die Mietsteuer 677 000 Mark usw. Die letztgenannten Steuern sind in vielen Städten überhaupt nicht anzutreffen.

Das gesundeste Steuersystem ist zweifellos das der direkten Einkomensteuer. Es sollte möglichst überall zur einzigen Steuerquelle erhoben werden. Ob die Grund- und Gebäudesteuern den namentlich von den Bodenreformern ihnen beigemessenen hohen Wert haben, ist sehr zu bezweifeln. Die sonstigen Aufwands-, Verkehrs- und ähnlichen Steuern sind auf das entschiedenste zu bekämpfen.

---

* **Großes Vokal- und Instrumental-Konzert im Volkspark.** Wie aus dem Anzeigenteil unserer Zeitung zu ersehen war, findet Dienstag, den 26. August, abends 8½ Uhr ein Doppelkonzert im großen Saale statt, das als ein Künstlerkonzert ersten Ranges bezeichnet werden kann. Das uns vom vergangenen Sommer in guter Erinnerung gebliebene Deutsch-amerikanische Männerquartett, bestehend aus vier erstklassigen Opernsängern, ist für diesen Abend nebst der gesamten Engelmannschen Kapelle gewonnen worden. Herr Konzertsänger Heidenbluth als erster Tenor, Hofopernsänger a. D. J. Nalten als zweiter Tenor, Opernsänger Ulter als erster Baß und Opernsänger Mayher als zweiter Baß, bringen durch ihre selten günstige Zusammensetzung und durch ihre fein ausgebildeten Stimmen schlichte bekannte Weisen und Volkslieder deutschen und amerikanischen Ursprungs, in deutscher und englischer Sprache zum Vortrag, wie wir sie selten auf den ersten Konzertbühnen hören. Aus dem reichlich zusammengestellten Programm seien folgende Lieder erwähnt: Reiters Morgenlied von A. Kirche, Heute scheid' ich von Ifemann, Plantagen-Wiegenlied: Kentucky-Baby von Geibel, Plantagen-Melodie: Old folks at home, von Forster, mit Imitation des Banjo.

Programme sind schon von jetzt ab in den Filialen des Allgemeinen Konsumvereins, in der Volksbuchhandlung, Harz 42-43, in den Zigarrengeschäften H. Spengler, Geiststraße 5, A. Albrecht, Lindenstraße 53, K. Beyer, Reilstraße 9, P. Leuschner, Mittelwache 9-10, und im Volkspark im Vorverkauf zum Preise von 25 Pf. und an der Kasse à 30 Pf. zu haben. Der Eintrittspreis ist für ein so gutes Konzert ein niedriger, so daß jedem Kunstfreund der Besuch desselben empfohlen werden kann.

* **Kraftleistungen jungdeutscher Wehrkraftjünglinge.** Zu dem am Sonntag hier abgehaltenen nationalen Jugendtag hatten auch die Weißenfelser Jugendvereine ihre Schützlinge entsandt — selbstverständlich per Bahn zu ermäßigten Fahrpreisen. Auf der Rückfahrt fanden sich acht solche treu-teutsche Jünglinge in einem Wagenabteil zusammen. Einer derselben erprobte seine teutsche Kraft an der Fensterscheibe des Abteils, und siehe da, es gelang ihm, dieselbe zu zertrümmern. Durch dieses Gelingen noch forscher geworden, packte er die Notbremse — ein Ruck und und rrrr — der Zug stand! Aufgeregt sprang das Zugpersonal am Zug entlang, um zu erforschen, welches Unglück passiert sei — aus Angst waren auch viele Passagiere aus dem Zuge gesprungen —, doch wurde schließlich der Unfug festgestellt, und die acht Jünglinge mußten sich auf dem Bahnhof in Weißenfels einem Verhör unterziehen. Der Zug kam wegen dieses Aufenthalts auf freier Strecke mit Verspätung an. Der Gewährsmann des Zeitzer Volksboten, ein Mitreisender, bemerkt hierzu: Es ist von manchen Eltern falsch gedacht, wenn sie zum Beispiel sagen: „Wir wissen wenigstens, wo unser Sohn ist, wenn er mit dem Wehrkraftverein geht, da macht er wenigstens keine Dummheiten." Wir meinen, solche Sachen sind gerade recht gefährliche „Dummheiten", mit denen sich wohl oder übel der Strafrichter wird befassen müssen. Und wenn derselbe auch bei diesem Wehrkraft-Jüngling Milde wird walten lassen, so läßt doch die Zerstörungswut, die aus solchen Taten spricht, tiefer blicken. Sollte durch die Kriegsspielerei, die mit den Jungen geübt wird, der Zerstörungstrieb wirklich nicht gefördert worden sein?

* **Postsendungen an Soldaten im Manöver.** Postsendungen für die an den Uebungen teilnehmenden Mannschaften sind nicht nach den fast täglich wechselnden Marschquartieren, sondern stets nach dem Garnisonorte zu adressieren. Für die richtige Weiterleitung wird von der Post gesorgt. In der Aufschrift der Postsendungen an Mannschaften auf Truppenübungsplätzen ist als Bestimmungsort entweder der Garnisonort oder noch zweckmäßiger der Truppenübungsplatz anzugeben. Auf keinen Fall aber dürfen auf solchen Briefen usw. zwei Bestimmungsorte vermerkt sein, weil dann Unsicherheiten und Weiterungen entstehen. Weiter ist es dringend notwendig, auf Sendungen außer dem Familiennamen, dem auch der Vorname und u. U. die Ordnungsnummer beizufügen sind, Dienstgrad und Truppenteil (Regiment, Bataillon, Abteilung, Kompagnie, Eskadron, Batterie) genau anzugeben. Postanweisungen, ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0006

wöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Soldatenpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 3 Kilogramm werden kostenfrei nach- und zurückgesandt.

* **Zum preußisch-sächsischen Eisenbahnkrieg** wird dem Generalanzeiger aus Dresden geschrieben: Der preußisch-sächsische Eisenbahnkrieg, von dem in der letzten Zeit wieder des öfteren die Rede war und der in den kommenden sächsischen Landtagsverhandlungen eine Rolle spielen wird, hat seinen Dichter gefunden. Der Kehrreim eines Spottliedes lautet folgendermaßen:

„Die besten Züge,
Die fahren alle
Ueber Halle.
Das ist nicht Absicht,
Keine Spur,
Das ist der reine Zufall nur!"

Man ersieht daraus, daß die Tatsache der Benachteiligung Sachsens durch Preußen im Eisenbahnverkehr schon sehr lebhaft ins Volksbewußtsein eingedrungen ist, mögen auch die Regierungen die gegenseitige Harmonie betonen, die offenbar darin besteht, daß Sachsen nichts tut, weil es ohnmächtig ist, und Preußen, weil Sachsen nichts sagt. Die besten Schnellzüge fahren um Sachsen herum nach Frankfurt, München und Wien; die Fremdenstadt Dresden hat überhaupt noch nie einen Luxuszug gesehen. Güter werden von Görlitz nach Plauen i. V. nicht auf dem geraden Wege mitten durch Sachsen, sondern hübsch herum über Halle befördert. Der jährliche Ausfall für Sachsen wird auf 3—4 Millionen Mark berechnet.

Wie wenig sich die preußische Eisenbahnverwaltung um Sachsen kümmert, kann man aus den Zuständen auf der Anhalter Bahn erkennen. Diese Linie bringt den größten Teil des sächsischen Verkehrs nach der Reichshauptstadt, dazu den thüringischen und den ganzen Verkehr aus dem europäischen Süden und Westen. Kein Wunder, daß die Anhalter Bahn die verkehrsreichste in ganz Deutschland ist. Täglich verkehren auf ihr 500 Personen- und Güterzüge, und zwar auf zwei Gleisen! Der Zugverkehr weist eine derartige Dichte auf, daß keine Verbesserungen durch Einlegung neuer Züge mehr möglich sind. Schon jetzt bedarf es der angestrengtesten Aufmerksamkeit der Beamten, um den Verkehr abzuwickeln. Naturgemäß hat am meisten der Güterverkehr zu leiden, weil der Personenverkehr vorgeht. In Fachkreisen hat man die Notwendigkeit, zwei neue Gleispaare zu legen, längst anerkannt, aber im Berliner Eisenbahnministerium macht man keine Miene, vom Landtage die nötigen, allerdings sehr großen Mittel dafür zu fordern.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 18. August 1913, folgende Fleischpreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen: Höchster Preis 76, niedrigster Preis 70, häufigster Preis 74 Mk.; für Bullen: Höchster Preis 75, niedrigster Preis 69, häufigster Preis 73 Mk.; für Kühe: Höchster Preis 73, niedrigster Preis 56 Mk.; für Saugkälber: Höchster Preis 90, niedrigster Preis 82, häufigster Preis 86 Mk.; für Lämmer und Masthammel: Höchster Preis 85 Mk.; für Schafe: Höchster Preis 80, niedrigster Preis 77, häufigster Preis 76 Mk.; für Schweine: Höchster Preis 80, niedrigster Preis 74, häufigster Preis 78 Mk. Bei den Schweinen versteht sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Gewogen und bezahlt werden nur die beiden Körperhälften, einschließlich des Schmeres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames: Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut.)

* **Fachgewerbliche Ausstellung.** In dem Bericht über die Preisverteilung ist insofern ein Fehler unterlaufen, daß die Saaldekoration nicht die Herren Gade u. Wünsche zusammen ausgeführt haben, sondern Herr Gade allein. Weil er seine Arbeit außerhalb des Wettbewerbs stellte, darum erhielt er nur eine ehrende Anerkennung. Ferner ist zu berichtigen, daß die Leipziger Fleisch-Konservenfabrik Paul Schilling ihre Produkte selbst ausstellt. Die damit in Verbindung gebrachte Hallesche Firma Elsner u. Komp. stellt nicht Fleischkonserven, sondern Weine und Liköre aus.

* **Radrennen auf der Halleschen Radrennbahn.** Die von der Rennleitung ausgeworfenen Preise zu dem am Sonntag, den 24. August, stattfindenden Rennen haben neben den schon bekannten Dauerfahrern Artur Stellbrink, Berlin, Walter Ebert, Leipzig, und Anton Timmermann, Holland, auch eine ganze Anzahl erster „Flieger" auf die Beine gebracht, so daß ein interessanter Sport zu erwarten ist. Die Hauptrennfahrer treffen heute bereits ein und werden das Training sofort aufnehmen. Wir verweisen auf die heutige Anzeige, in der u. a. auch die Vorverkaufsstellen bekannt gegeben werden.

* **Von der Feuerwehr.** Gestern früh wurde die Feuerwehr zur Beseitigung eines Dielen- und Balkenbrandes nach Taubenstraße 2 gerufen.

Ammendorf und Umgegend. Vom Gewerkschaftsfest. Alle Komiteemitglieder werden ersucht, sich Sonntag, den 24. August, nachmittags 3 Uhr, im Burgschlößchen zur Rechnungslegung einzufinden. Die Komiteeabzeichen sind mitzubringen. Im Burgschlößchen sind noch folgende Preise stehen geblieben: Schießpreise, Friedel (5. Preis), Schmidt (12. Preis) und Schöne (14. Preis). Kegelpreise, Rückriem (13. Preis), Keil (14. Preis) und Hirsch (18. Preis). Sämtliche Preise sind beim Genossen Karl Rothe, Osendorf, Hauptstraße Nr. 6, abzuholen.

Bruckdorf. Die Zeitungskommission für Bruckdorf und Umgegend hat sich neu konstituiert. Sie besteht aus den Genossen Fr. Rosche, Bruckdorf, Fr. Krauße, Zwintschöna, und Karl Silberberg, Dieskau. Beschwerden wegen schlechter Zustellung der Zeitung sind an einen dieser Genossen zu richten.

Büschdorf. Parteiversammlung. Die nächste Distriktsitzung findet am 23. August abends 8½ Uhr im Landhause statt. Da der Bericht von der Kreisgeneralversammlung gegeben und die Lokalfrage behandelt wird, ist die Anwesenheit aller Mitglieder dringend erforderlich.

Lettin. Eine Gemeindevertretersitzung findet morgen, Freitag, abends 8 Uhr, bei Kunst in der Guten Quelle statt.

Allerlei.

Klimaschwankungen und Völkerwanderungen.

Nach der Theorie des Wiener Meteorologen Eduard Brückner lassen sich bestimmte Perioden trockener und nasser bezw. warmer und kalter Jahre unterscheiden; die Dauer einer derartigen meteorologischen Periode soll fünfunddreißig Jahre betragen. Für das 19. Jahrhundert sei die folgende Einteilung zu machen:

1806—1820	kalte Periode
1821—1835	warme „
1836—1850	kalte „
1851—1875	warme „
1876—1890	kalte „

Jede dieser Perioden hat ein Jahr, das als ihre Höhe bezeichnet werden kann; so sollen die Jahre 1850 und 1880 die Hauptkältejahre, 1830 und 1860 aber die wärmsten gewesen sein. Seit 1890 ist nach Brückner wieder eine Wärmeperiode eingetreten. Davon haben wir dieses Jahr allerdings nichts gemerkt.

Neuerdings hat nun der erwähnte Forscher die klimatischen Schwankungen mit den Bewegungen der Völker in Verbindung gebracht. Von 1805 bis 1911 haben 28½ Millionen Menschen Europa verlassen und sind nach Nordamerika ausgewandert. Diese Auswanderung soll parallel zu den oben gezeigten meteorologischen Schwankungen vor sich gegangen sein. Der Hauptgrund für die Auswanderung ist natürlich Ueberbevölkerung Europas einerseits, auf der anderen Seite schwache Besiedelung Amerikas und allgemeine günstige wirtschaftliche Bedingungen dortselbst. Aber abgesehen davon, kommen nach Brückner noch ganz andere Dinge in Betracht. Eine Feuchtigkeits- und Kälteperiode bedeutet für West- und Mitteleuropa eine Reihe von schlechten Ernten, für Amerikas Erntegebiete dagegen ausgezeichnete, denn sie können große Trockenheit nur schlecht vertragen. Logischerweise würde nun aus diesen Tatsachen folgen, daß die Auswanderung nach Amerika, dem Lande der guten Ernten, in den für die europäischen Ernten schlechten Jahren, also während der „Kälteperiode" weit größer sein müsse. Der logische Schluß wird nun von der Statistik auf eine Weise bestätigt, die allerdings viel Bestechendes hat. So läuft, was Deutschland betrifft, graphisch ausgedrückt, die „Regenkurve" der „Auswanderungskurve" parallel. Die Regenkurven für Westeuropa und die Vereinigten Staaten weisen zwei Maxima auf, die in die Jahre 1850 und 1880 fallen. In denselben Jahren nun erreicht auch die Auswanderungskurve jeweils ihr Maximum. Allerdings darf man, so bemerkt eine französische wissenschaftliche Zeitschrift, dabei nicht vergessen, daß das Auswanderungsmaximum des Jahres 1850 noch durch einen besonderen Umstand begünstigt wurde: durch die Nachricht der kalifornischen Goldfunde. Als man in Europa davon erfuhr, wurden in Paris allein fünfzehn Schiffahrtsgesellschaften gegründet.

Immerhin sind die Beobachtungen Brückners interessant und wichtig genug. Ebenso gut als für die Einwanderung nach Amerika müßten sie auf alle anderen Völkerbewegungen anzuwenden sein, vor allem auf die großen Wanderungen im Anfange der christlichen Epoche. Es ist jedenfalls sehr wahrscheinlich, daß der Aufbruch der Völker aus ihren alten Sitzen durch klimatische Veränderungen bestimmt wurde, und daß diese für halbwilde Völker bedeutungsvoller sind als für zivilisierte, ist einleuchtend genug.

O. K.

Gegen die Großschreibung.

Gegen die Großschreibung der Haupt- und Dingwörter ist neuerdings eine Bewegung entstanden, die sich, nach echt deutschem Gebrauch, zu einem besonderen Verein für vereinfachte Rechtschreibung verdichtet hat. Der Verein will die großen Buchstaben nur noch am Anfange des Satzes und bei Eigennamen gelten lassen. Bei den Jüngern der germanischen Philologie sind die kleinen Buchstaben schon seit langem im Gebrauch und die altangesehene Zeitschrift für deutsches Altertum wird noch immer ohne große Buchstaben gedruckt. Bereits Jakob Grimm erklärte: „Für die Großschreibung spricht kein einziger innerer Grund, wider sie der beständige frühere Gebrauch unserer Sprache bis ins sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert, ja der noch währende aller übrigen Völker, um nicht die Erschwerung des Schreibens, die verscherzte Einfachheit der Schrift anzuschlagen." Die Regeln für die deutsche Rechtschreibung brauchen nicht weniger als 23 Regeln für die Schreibung der großen Buchstaben, sagen aber am Ende, in zweifelhaften Fällen schreibe man kleine Anfangsbuchstaben. Versuche haben ergeben, daß niemand diese Regeln sicher beherrscht. Bei einem Diktat machten dreißig Lehrer 4 bis 22, im Durchschnitt 13 Fehler in dieser Beziehung, zwei Subalternbeamte 23 und 24, acht Frauen aus höheren Mädchenschulen 13 bis 30, im Durchschnitt 24 Fehler. Zehn Herren mit akademischer Bildung 14 bis 30, im Durchschnitt 20½, zehn studierende Damen durchschnittlich 16, zwölf Studenten 14 bis 32, im Durchschnitt 21. Der einzige geprüfte Oberlehrer machte 18 Fehler.

Unverwüstlich.

Meine guten Vorsätze trug ich vor's Haus,
zwei volle, pralle Taschen,
und hängte sie da zum Trocknen aus,
dieweil sie frisch gewaschen.

Und wie das denn mitunter geht —
ich wollte sie wieder holen:
da hatte sie teils der Wind verweht,
teils hatte man sie gestohlen.

Erst würgte mich die heiße Wut,
dann eine grimme Reue.
Am Ende aber faßt' ich Mut
und machte mir einfach neue.

Dr. Owlglaß (Simpl.).

Billiger Verkauf
1500 Stoff-Hosen
verkaufe, um jedermann Gelegenheit zu geben, meine Leistungsfähigkeit kennen zu lernen, zu folgenden selten billigen Preisen:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Herren-Stoffhose in dunklen, gestreiften u. karierten Farben 1.45 M.	Herren-Stoffhose in praktischen Modemustern 1.85 M.	Herren-Stoffhose in sehr beliebter Farbenauswahl 2.45 M.	Herren-Stoffhose in den gangbarsten Großstadtmustern 2.90 M.

Trotz des billigen Verkaufs 5% Rabatt.
Bitte sich gefälligst in den Auslagen davon zu überzeugen.
2910
Ernst Renner.
14 Marktplatz 14.

Ausschreibung!
Vom 22. bis 31. August cr. sind die Bedingungen zur Herstellung der
Dachdecker-, Klempner-, Tischler-, Glaser-, Schlosser- **Arbeiten**
zu dem Neu- und Umbau des „Volkspark"-Etablissements, Burgstrasse 27, daselbst einzusehen.
Die schriftlichen Offerten sind ebenda bis 14. September cr. abzugeben.
Halle (Saale), 21. August 1913.
2926
Die Verwaltung des „Volkspark" (G. m. b. H.)

Zieh- u. Mund-Harmonikas, Mandolinen, Guitarren, Menzenhauer Guitarre-Zithern etc. Musikalien aller Art in grosser Auswahl bei
Musik-Müller, Gr. Märkerstr. 8, Leipzigerstr. 18.
Reparaturen an allen Instrumenten in eigener Werkstatt. *1427

Rossfleisch. Diese Woche wieder ff. Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm, Beilstrasse 10. 103

Himbeersaft, gar. rein, **Liter 1.20 Mk.** 2913
F. H. Weber, Gr. Steinstr. 46.

Kerzen 2919 aller Sorten, um damit zu räumen, zu bedeutend billigerem Preis bei Gebr. Mulertt, Gr. Klausstr.

Tabak, Zigarren, Zigaretten
in nur guter Qualität erhält man bei F
E. Jungmann, Pfännerhöhe 33.

Das Siedler'sche Warenlager Steinweg 46|47
Ecke Taubenstrasse
90000 Stück Zigarren
(Verkauf von 10 Stück an)
75000 Stück Zigaretten
(Verkauf von 20 Stück an)
kommt von heute an zu billigsten Preisen zum Verkauf.
Geöffnet: Vormittags von 9½ bis 12½ Uhr. Nachmittags v. 3½ bis 7 Uhr.
*1432

Schachspiel
Mit Anleitung zum Spielen.
Das interessanteste aller Spiele.
Preis 20 Pfg.
Volks-Buchhandlung.

Arbeitsmarkt
Alleinstehende Frau als **Hausmeisterin** u. zum Reinigen der Kontorräume, Waschen der Kontorwäsche ꝛc., b. freier Wohnung u. Gehalt gesucht. Off. unter B. H. 1150 an Rudolf Mosse, Halle (Saale). *1429

Ritters
Machen Sie einen Versuch mit **gebr. Kaffee's**
Pfd. 1.30 1.40 1.50 1.60 1.80 2.00 Mark.
Billigste Bezugsquelle sämtlicher **Kolonialwaren.**
*1428
Emil Ritter, Telephon 3980. Gr. Ulrichstraße 47.
Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.

Torgau. **M. Bierwirth,** Torgau.
Kolonial-Waren. Likör-Fabrik.
Destillation.
*1015

Gute Existenz
mit sicherem Einkommen können sich rührige, fleißige Herren (auch Beamte a. D.) sichern durch Uebernahme der Alleinvertretung für Prov. Sachsen unseres ges. gesch. Artikels, welcher von jed. Landwirt, Schlächter ꝛc. gern gekauft wird. Von Sachverständigen glänzend begutachtet. Branchekenntnisse nicht erforderlich, dagegen zur Uebernahme eines Lagers etwas Kapital nötig. Gefl. ausführliche Offerten sub „Existenz 3321" an Haasenstein & Vogler A. G., Magdeburg. [*1431

Haushaltungsbücher
für alle Tage des Jahres,
für jede Familie und einzelne Personen passend.
Preis 1 Mk.
Volksbuchhandlung, Harz 42/43

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Anfang 8¼ Uhr.

Heute, Donnerstag, Fortsetzung der Finalkämpfe:
Karapini, Italien geg. **Degenkolb,** Sachsen.
Freier Ringkampf, alle Griffe erlaubt!
Krawatzki, Russisch-Polen geg. **Paul Bahn,** Halle.
Entscheidungs-Kampf:
Strenge, Weltmstr. v. Deutschland, geg. **Paxon,** Amerika.
Hierzu das neue Varieté-Programm. 2924

Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

Sonnabend, den 23. August, abends 8½ Uhr,
im Restaurant „Letzter Dreier":

Branchen-Versammlung
der Maschinenschlosser.

Tagesordnung: 1. Vortrag über das Problem der Arbeitslosenversicherung.
2. Branchenangelegenheiten.

Pflicht der Branchenkollegen ist es, Mann für Mann zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Sonnabend, den 23. August, abends 8½ Uhr,
im Gasthaus „Zur grünen Tanne" in Zöberitz:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag über die Volksfürsorge.
Verbandsangelegenheiten. 2921

Die Kollegen von Diemitz, Zöberitz, Büschdorf und Reideburg werden zu vollzähligem Erscheinen aufgefordert.

Die Verbandsleitung.

NB. Die Fahrkarten nach Leipzig müssen spätestens am Freitag, abends 7 Uhr, im Verbandsbureau abgeholt werden. D. O.

Konsumverein für Lieskau u. Umgeg., eingetr. Gen. m. beschr. H.

Sonnabend den 30. August 1913 abends 8 Uhr
im Tenner'schen Lokal:

:: General-Versammlung ::

Tagesordnung:
1. Vortrag über Volksfürsorge.
2. Bericht vom Verbandstage.
3. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat.
*1422 J. A.: **Otto Wächter,** Vors.

Rattmannsdorf.

Zu dem am Sonntag den 24. August stattfindenden

Parteifeste des Ortsvereins Beuchlitz

bestehend in Garten-Konzert, Tombola, Preis-Schiessen, Preis-Kegeln, Kinder-Belustigungen, Festrede, Stocklaternenumzug, Auftreten des Turnvereins Fichte-Rockendorf sowie des Kraft-Sport-Klubs Einigkeit-Rattmannsdorf, und abends Tanz

ladet die Parteigenossen mit ihren Familien zu recht zahlreichem Besuche ein Das Komitee.

Anfang 3 Uhr nachmittags.
Kinder ohne Erwachsene haben keinen Zutritt. *1425

Klub der Typologen

Sonnabend den 23. August, abends ½9 Uhr,
:: im Gasthof zu den drei Königen: ::

I. Stiftungs-Fest.

Hierzu ladet Freunde und Gönner ein
2918 **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

Sonnabend d. 23. August 1913 abends 8½ Uhr
von der **Peissnitzbrücke** ab: 2927

Wasserfahrt
mit anschliessendem **Sommernachts-Ball** im **„Volkspark".**

Hierzu ladet freundl. ein Der Vorstand.

Zigarren-König

2285 **Merseburgerstrasse 14**
empfiehlt **Qualitätszigarren** in allen Preislagen.

Achtung! Kl.-Wittenberg-Piesteritz.
Kino-Welt-Theater (Inh.: Emil Schiegner).
Sonnabend und Sonntag: *1426
August Bebels Leichenbegängnis in Zürich.

Radrennbahn Halle a. d. S.

Merseburger Chaussee. Dir. Paul Blüthgen u. Rudolf Dietrich.

Sonntag, den 24. August 1913, nachm. 3½ Uhr:
Grosse Internationale

Dauer- u. Flieger-Rennen. 2923

Der goldene Kranz von Halle 1913 (Preis 2600 Mk.)
Grosses Dauer-Rennen über 100 Km, 40 und 60 Km hinter **Riesen-Motoren.**

Am Start 3 Meisterfahrer:

Arthur Stellbrink, Berlin. Meisterfahrer von Europa. Schrittmacher: Werner Krüger.	**Walter Ebert, Leipzig.** Weltrekordfahrer. Schrittmacher: Janke.

Anton Timmermann, Holland, Schrittmacher Starke.
Bei diesem Rennen sind hochinteressante Kämpfe zu erwarten.

1 grosser Motor steht in **Reserve!**
gesteuert von dem verwegenen Schrittmacher **Lehmann.**
Ferner:

Grosse Flieger-Rennen.

Es starten:
Lorenz, das Phänomen der Sechstage-Rennen, welcher in beiden Dresdener Sechstage-Rennen die besten Fahrer der Welt besiegte und ebenfalls im Sechstage-Rennen New-York vorzüglich fuhr, startet in mehreren Rennen gegen die besten Fahrer wie: Willy Bader, Kudela-Oesterreich, Tadewald, Carepreszi-Italien und viele andere hervorragende Fahrer.

Während des Rennens: Grosses Konzert,
ausgeführt vom **Walhalla-Theater-Orchester.**
Training ab Donnerstag: Training-Entree 20 Pfg.

Preise der Plätze:

Tribüne (numeriert) im Vorverkauf	**2.75,**	an der Kasse	**3.—** M.
Sattelplatz „ „	**1.75,**	„ „	**2.—** „
II. Platz „ „	**0.75,**	„ „	**0.85** „

Vorverkauf bei: **Steinbrecher & Jasper,** Marktplatz 1; **Wilh. Welsch,** Gr. Steinstr. 48; **Wilh. Welsch,** Leipzigerstr. 58; **Wilh. Welsch,** Glauchaerstr. 79; **Paul Grimm,** Bernburgerstrasse 16; **Haasenstein & Vogler,** Gr. Ulrichstr. 63, I. [2923

Apollo-Theater.

2916 Allabendlich 8.20 Uhr: **Bombenlacherfolg!**

„Die spanische Fliege."

Germania-Theater | Central-Theater
Reilstrasse 133. | Leipzigerstrasse 17.

Heute: 2902

August Bebels Leichen-Begängnis.

Ausserdem das grosse Kriminal-Programm.
Ab Sonnabend, 23.—29. dieses Monats:

Quo-Vadis.

Grösstes Filmdrama der Gegenwart.

Tonbild-Bühne.
Täglich Vorstellungen.

Nur noch zwei Tage:

„Die letzte Probe",

Drama in drei Akten aus dem Artistenleben. 2915

Die Beerdigung von August Bebel.

Große fachgewerbliche Ausstellung

für das Gastwirtsgewerbe, Hotelwesen und Volksernährung
vom 14. bis einschl. 22. August 1913
im Etablissement „Volkspark", Burgstrasse 27, zu Halle a. d. S.

Täglich Konzerte, Gesangs-Vorträge, Solo-Vorträge, Kostproben, Preiskegeln, Preisschiessen.

Eintritt 50 Pf. ::: Kinder 15 Pf.
Geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
2787

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter,

Zahlstelle Halle (Saale).

Sonntag, den 24. August, von nachmittags 4 Uhr ab,
im **„Volkspark",** Burgstr. 27:

Großes Sommerfest,

bestehend in 2925
Preiskegeln, Preisschiessen, Kinder-Belustigungen aller Art und BALL.

Zu zahlreichem Besuch ladet alle Kollegen und Genossen ganz ergebenst ein

Das Komitee.

Zigarren, Zigaretten u. Tabake

in nur guten Qualitäten und allen Preislagen
2917 empfiehlt:

Emil Bruder, Torstrasse 6,
Ecke 2. Vereinsstrasse

*1433 **Fahnen Reinecke** Vereins-Bedarf. **Hannover** K. 39
Abzeichen.
Kataloge u. Muster auf Wunsch.

Günstige Gelegenheitskäufe in tadellos. **Fahrrädern,** komplett mit Gaslaterne und Werkzeug, f. Herren und Damen für 35. 40. 45. 50. 60. 70. 80 Mk. bei [2920
H. Schindler, Uhrmachermstr.,
Kleine Ulrichstr. 35, pt. u. I.

Himbeersaft

mit feinst. Raffinade eingekocht, per Pfund 50 ₰, bei 5 Pfund per Pfund 45 ₰ empfiehlt
Carl Booch, Breitestraße 1 u. Markt, Roter Turm. 2640

Pflaumenmus,

gar. rein mit Raffinade, ℔ 25 ₰. *1893
F. H. Weber, Gr. Steinstr. 46.

Vorzügliche
Braunschweiger Rotwurst Pfd. **75** Pf.
frisch eingetroffen.
Allerfeinste
Braunschweiger Mettwurst Pfd. **118** Pf.

F. H. Krause.

2911

Freitag: 101
Schlachtfest.
R. Fromme, Liebenauerstraße 5.

Freitag 102
Schlachtfest.
Fr. Peters,
Blumenthalstraße 27.

Merseburg.

*61 Heute Freitag
Schlachtefest
bei Rich. Tepper, Neumarkt 45.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 20. Aug.

Aufgeboten: Werkmeister Steitz und Else Ackmann (Landsbergerstraße 6 und Streiberstraße 30). Schlosser Jahnke und Klara Thomas (Hirtenstr. 12). Lademeister Müller und L. Eisner (Leipzig-Eutritzsch u. Halle). Artist Massaloup und M. Krämer (Luxemburg). Kaufmann Hoppe und M. Dieke (Stuttgart-Gablonberg u. Magdeburg-Neustadt). Hamenfriseur Schneider u. Magdalene Büttner (Düsseldorf). Ingenieur Hentschel und Johanna Gräbel (Halle und Liegnitz).

Geboren: Expedienten Steinborn T. (Alte Promenade 31). Lokomotivheizer Zimmermann Zw., S. und T. (Rud. Haymstraße 22). Arbeit. Fricke S. (Brunowarte 13). Schlosser Hecht Sohn (Brunowarte 13). Arbeiter Kraft Tochter (Steinbocksgasse 2). Ingenieur Gericke T. (Lauchstädterstraße 15a). Sattler Swingmann S. (Merseburgerstraße 48). Arbeiter Schönberg T. (Marthastraße 29). Lokomotivheizer Schmidt T. (Kronbordorferstraße 5).

Gestorben: Elektromonteurs Gärtner T., 3 Mon. (Glaucharerstraße 20). Hilfsgerichtsvollzieher Köppe, 62 J. (Gr. Sandberg 16). Arbeiter Paduch, 56 J. (Schlosserstraße 9). Malers Heitel Sohn, 1 Mon. (Weidenplan 4). Arbeit. Kunzsch aus Grube Martha bei Rotzisch Ehefr. Berta geb. Blüh, 26 J. (Klinik). Arbeit. Michlaß aus Eydorf, 48 Jahre (Klinik). Arbeiters Radicke S., 1 J. (Königstraße 23). Witwe Häßler geb. Grimm, 81 J. (Beesenerstraße 10). Marie Heinz, 19 J. (Merseburgerstraße 88). Maurer Eisenberger aus Wehlitz, 69 Jahre (Klinik). Kesselschmieds Mäder T., 4 Mon. (Weingärten 33).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3). 20. August.

Geboren: Arbeiter Sarapnski S. (Leipzigstraße 21). Arbeiter Trautmann T. (Klausberg 5). Zimmermann Schettig S. (Belfortstraße 1).

Gestorben: Versicherungsdirektor a. D. Uhlmann, 76 J. (Uhlandstraße 5). Bergmann Filipiak aus Thondorf, 42 J.

Herzlichen Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels Franz Taube, sagen wir allen denen, die seinen Sarg mit Kränzen und Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Besten Dank auch Herrn Dr. Märzdorff für seine Bemühung und Aufopferung für unseren Entschlafenen. Innigsten Dank Herrn Pastor Riedus für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Kantor Röhr und der lieben Schuljugend für den schönen Gesang. Ebenso Dank den jungen Burschen u. Jungfrauen, dem Herrn Rittergutsbesitzer, dem Herrn Inspektor, der Brauerei, sowie den Arbeitern. Herzlichen Dank für die schöne Trauermusik.

Döllnitz, den 17. 8. 1913.
*1423 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 196 — Halle (Saale), Freitag den 22. August 1913 — 24. Jahrg.

Aus der Provinz.

Steuerzahlung und Gemeindewahlrecht.

Die Vossische Zeitung brachte am 18. August eine beachtenswerte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Frage, ob die unpünktliche Zahlung der Steuern das Wahlrecht aufhebe: „N., der in seiner Gemeinde eine hervorragende kommunalpolitische Rolle spielt, hatte die fälligen Steuern nicht pünktlich im Februar entrichtet, sondern erst im März an die Gemeinde gezahlt. Sein Name war infolgedessen aus der Wählerliste gestrichen worden, so daß er sein Wahlrecht in der Gemeinde nicht mehr ausüben konnte. N. beschritt nach fruchtlosem Einspruch ohne Erfolg den Weg der Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksausschuß nahm an, daß für einen Mann, der seine Steuern nicht rechtzeitig zahlt, in der Liste der Gemeindewähler kein Platz ist.

Das Oberverwaltungsgericht hob aber die Vorentscheidung auf und entschied, daß der betreffende Herr in die Wählerliste aufzunehmen sei. Es ging bei seiner Entscheidung davon aus, wer sein Bürgerrecht wahren und sein Wahlrecht ausüben wolle, müsse nach § 5 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in der Wählerliste stehen, und seit einem Jahre die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt haben. Das Gesetz schreibt nicht vor, daß die Abgaben auch pünktlich in jedem Vierteljahr entrichtet werden. **Es genüge, wenn im letzten Augenblick die Steuern für das betreffende Jahr an die Gemeinden abgeführt werden.** Im Gesetz werde nicht angegeben, wie das Jahr zu berechnen sei. Aus § 19 der Städteordnung ergebe sich klar, daß die Wählerliste im Juli zu berichtigen sei. Als entscheidender Stichtag sei der Tag anzusehen, an dem die Berichtigung der Liste vorgenommen wurde. Da N. vor diesem Tage seine Gemeindeabgaben für ein Jahr entrichtet habe, so habe er dem Gesetze Genüge getan und sein Bürgerecht nicht verloren."

Bitterfeld. Aus dem Stadtparlament. Einer Verpachtung des Planes am sogenannten Plön auf weitere sechs Jahre wurde zugestimmt. Dem Kaninchenzüchterverein wurde ein Ehrenpreis in Höhe von 30 Mark zu der am 8., 9. und 10. Oktober stattfindenden Ausstellung bewilligt. Ein Darlehen von 6000 Mark zu 3¾ Prozent auf 10 Jahre unkündbar, wurde zum Zwecke einer Automobilverbindung zwischen Bitterfeld und Düben aufgenommen. Die Anlegung des Bürgersteigs in der inneren Zörbiger Straße mit Mosaikpflaster wurde beschlossen, nach dem Vorschlage des Magistrats sollte die Pflasterung bis zum nächsten Jahre verschoben werden. Genosse Schröter wandte sich dagegen und betonte, daß es leicht möglich sei, wenn in diesem Jahre der Ausbau nicht erfolgen würde, daß die Anlieger ihr Straßenland nicht mehr kostenlos an die Stadt abtreten würden, wie es jetzt der Fall ist. Dem Verkauf einer Baustelle in Greppin zum Preise von 30 Mark pro Quadratrute wurde zugestimmt, ebenfalls wurde dem Verkauf des Planes Nr. 25 zum Preise von 2200 Mk. pro Morgen und Tragung der Umsatz- und Wertzuwachssteuer an die Papiermühle Muldenstein zugestimmt. Die evangelische Kirchengemeinde hat eine neue Gebührentaxe zur Begräbnisordnung für die Stadt Bitterfeld eingebracht. In dieser sind die Andersgläubigen mit einem höheren Satze für die Grabstätten bedacht. Die Taxe verlangt je nach dem Einkommen von 900 Mk bis mehr als 6000 Mk. von 1 Mk. bis 10 Mk. mehr. Genosse Menzel führte aus, daß er und seine Freunde sich über den neuen Tarif nicht wunderten, denn die Wucherer wären mit ihrem Gelde teurer geworden, und die Kirche mit ihrem großen Magen würde auch teurer. Er verlangte, daß die Kirche den Friedhof an die Stadtgemeinde abtreten soll, damit etwas Einheitliches geschaffen würde. In der Diskussion entspann sich ein niedlicher Konfessionskrieg über die Gleichheit der christlichen Lehren und um den Preis der Grabstätten. Dr. Kleinau legte auf Grund des Schreibens klar, daß die evangelische Kirche viel Ausgaben hätte und einen dritten Pastor angestellt habe, wozu die Andersgläubigen nichts beitragen. Dr. Thon suchte die Vorlage dadurch schmackhaft zu machen, daß er eine Herabsetzung der Kirchensteuern um einige Prozent für das nächste Jahr in Aussicht stellte. Genosse Menzel meinte dazu, daß, wer einen Pastor brauche, auch die Kirchensteuer bezahlen könnte, es würde eigentlich nichts schaden, wenn noch mehr Kirchensteuern erhoben würden, denn dann würde ein Teil Heuchler aus der Kirche ausscheiden, der jetzt noch wegen den niedrigen Kirchensteuern der Kirche noch angehöre, was den Gläubigen doch nur recht sein könne. Nach längerem Hin und Her wurde der neue Tarif gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Eine ebenso lange Debatte hatte das Schwimmbad-Projekt zur Folge. Die Vorlage ist dem Magistrat überwiesen worden mit dem Auftrage, die Angelegenheit schnellstens zu erledigen. Hierauf kamen einige Rechnungen zur Prüfung und Entlastung. Der Bericht des Fleischbeschau-Amtes ergab in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni eine Schlachtung von 24 Pferden, 213 Stück Großvieh, 307 Kälbern, 167 Schafen, 3 Ziegen, 48 Lämmern und 1229 Schweinen. Die Revision der Stadtsparkasse ergab eine Einnahme von 1 042 996,40 Mk., eine Ausgabe von 1 031 512,49 Mk., so daß ein Bestand von 11 483,91 Mk. verbleibt. Die Bedingungen über die Herstellung der Starkstromleitung der Strecke Bitterfeld-Muldenstein wurden gegen unsere Stimmen angenommen.

— Ertrunken. Der sechsjährige Sohn des Arbeiters Kronbiegel spielte gestern mit mehreren Kindern an der Leine hinter den Schrebergärten der Feldstraße. Plötzlich rutschte er aus, fiel in den Fluß und ertrank. Die Leiche konnte bis gestern abend, trotz eifrigen Absuchens, noch nicht geborgen werden.

Ramsin. Feuer. Am Dienstag abend gegen 11 Uhr brannte die dem Gastwirt Neubold gehörige Scheune nieder. Zum Glück konnte der Brand lokalisiert werden, sonst wären noch verschiedene Nachbargebäude verloren gewesen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Delitzsch. Ein Erfolg. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, versuchten auch bei uns die Jungdeutschlandfreunde das Organ Wir sind Deutschlands Jugend als offizielles Organ in die Fortbildungsschule einzuführen. Auf wiederholtes Drängen ließen sich denn auch ein Teil Schüler, darunter auch solche, die mit der freien Jugendbewegung sympathisieren, herbei, den geforderten Betrag zu zahlen. Eine gesetzliche Verpflichtung, dieses Blättchen zu abonnieren, steht bekanntlich nicht, weshalb auch von verschiedener Seite gegen ein solches Zwangsabonnement energisch protestiert wurde. Nunmehr können wir melden, daß den Schülern, die sich der freien Jugendbewegung angeschlossen haben und den Betrag bereits bezahlt hatten, derselbe wieder zurückerstattet worden ist. Daraus geht hervor, daß sich die Herren mit ihrem Manöver diesmal verspekuliert haben. Gleichzeitig ist aber daraus auch zu erkennen, daß, wenn sich die Arbeiterschaft gegen schikanöse Maßnahmen schützen will, sie sich eben organisieren muß, um zielklar ihre Gegenschläge führen zu können. Der beste Beweis für das hier Gesagte ist der, daß nur denen der Betrag zurückerstattet worden ist, die nichts von der Jungdeutschlandbewegung wissen wollen, während alle übrigen das Blatt weiter behalten. Wer also von den Jugendlichen sein Geld wieder zurück erhalten will, der folge dem Rufe: Schließt euch der freien Jugendbewegung an.

Eilenburg. Leichenlandung. Der 16jährige Friseurlehrling Richard Damm, über dessen Verschwinden wir kürzlich berichteten, ist Mittwoch vormittag als Leiche aus dem Mühlgraben am Eisbrecher der Wagnerschen Vordermühle gezogen worden. Der Leichnam ist in die Leichenhalle gebracht worden.

Querfurt. Ein Beitrag zur „Leutenot" auf dem Lande. Wiederholt haben wir im Volksblatt darauf hingewiesen, daß, wenn wirklich ein Mangel an Arbeitskräften der Landwirtschaft zu verzeichnen ist, nur die schlechte Behandlung, der der Arbeiter und besonders die Arbeiterin ausgesetzt sind, schuld an diesem Zustand ist. Auf einem Gute bei Querfurt sollte eine Frau, nachdem sie ihre Feldarbeit verrichtet hatte, für den Inspektor noch eine Treppe wischen. Die Frau lehnte das mit dem Bemerken ab, daß bei ihr zu Hause auch noch Arbeit auf sie lauere. Der Inspektor verlangte nun die Frau auf sein Zimmer. Dieser Aufforderung kam die Frau vernünftigerweise nicht nach, weil sie wußte, daß der Inspektor sehr „schlagfertig" ist. Erbost hierüber, schlug der Inspektor mit einem starken Gehstock auf die Frau los. Am Abend stellte der Ehemann der Mißhandelten den Inspektor darüber zur Rede. Anstatt sich nun zu entschuldigen, schlug dieser mit der Reitpeitsche auf den Mann los; aber hier hatte sich der schlagluftige Inspektor verrechnet. Sein Hilfegeschrei konnte ihn vor der wohlverdienten Tracht Prügel nicht retten, und daß der in seiner Ehre so sehr gekränkte Mann derb aufgedrückt hatte, beweist der verbundene Kopf des Inspektors. Es ist menschlich verständlich, wenn jemand gleiches mit gleichem vergeltet, kein Mensch, der etwas auf sich hält, läßt seine Frau verprügeln, aber der „Herr" des Arbeiters dachte anders darüber, der Arbeiter wurde sofort entlassen. Für einen Tagelohn von 1.10 bis 2.00 Mk. pro Tag dürfen die Arbeiterinnen von früh 5 bis abends 7 Uhr für den Gutsbesitzer schuften, und dann sollen sie sich noch Feierabend vom Inspektor verprügeln lassen. Den ganzen Sommer haben die Leute gearbeitet in der Hoffnung, zum Herbst wenigstens Kartoffeln für den Winter zu haben, auch diese Hoffnung ist nun zuschanden geworden. Der Mann hat den Hof verlassen müssen und die Kartoffeln, die er Sonntags bearbeitet hat, nimmt jetzt der Herr Gutsbesitzer, und angesichts solcher Zustände jammert man über Leutenot auf dem Lande. Es wird wirklich hohe Zeit, daß auch die Landarbeiter erwachen und sich mehr um ihre Organisation kümmern, damit solche Zustände, die den Arbeiter entwürdigen, aufhören.

Eisleben. Ortskrankenkassenwahl für den Mansfelder Seekreis. Das Versicherungsamt für den Mansfelder Seekreis gibt bekannt, daß die Wahl für die Vertreter im Ausschuß am Dienstag, den **30. September,** nachmittags von 2 bis 5 Uhr in Eisleben im Restaurant Mansfelder Hof stattfindet. Zu wählen sind 8 Vertreter der Versicherten und 16 Ersatzmänner. Die Wahlvorschlagslisten müssen bis zum 1. September eingereicht werden. Zwecks Aufstellung der Vorschlagslisten beruft das Kartell zu Sonnabend, den **23. August,** abends 8½ Uhr bei Fessel eine Sitzung aller volljährigen Kassenmitglieder ein. Zu der neu einzurichtenden Kasse gehören alle Arbeiter, soweit sie nicht mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind. Wir weisen noch besonders darauf hin, daß auch weibliche volljährige Kassenmitglieder das Wahlrecht besitzen. An der Arbeiterschaft des Kreises wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß durch die zahlreiche Beteiligung an der Ausschußwahl, sie von dem neuen Recht der Selbstverwaltung Gebrauch macht.

Sollten die organisierten Arbeiter der Ortschaften des Kreises Berücksichtigung bei der Aufstellung der Listen erheben und zu der Sitzung nicht erscheinen können, so werden sie ersucht, diesbezügliche Adressen an den Genossen F. Heinrich, Eisleben, Markt 35, bis spätestens Sonnabend abend einzusenden.

Der Kartellvorstand.

— Betriebsunterbrechung. Der Clothildenschacht der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft mußte infolge Defekts der Maschinenanlage zwei bis drei Monate stillgelegt werden. Die Belegschaft wird auf den Hohenthal- und den Hermannsschacht verteilt werden.

21]

Geschichte eines Rekruten von 1813.

Von Erckmann-Chatrian.

Gegen Morgen schlief ich endlich ein, und Klipsel mußte mich rütteln, um mich zu erwecken. Ueberall erscholl das Signal zum Sammeln. Die Brücken waren vollendet, wir sollten die Saale passieren.

Es tauete stark. Jeder beeilte sich, sein Gewehr zu reinigen und den Mantel zusammenzurollen, um ihn auf den Tornister zu schnallen. Wir halfen uns dabei gegenseitig und stellten uns dann in Reih und Glied. Es mochte vier Uhr morgens sein. Der Nebel, der vom Flusse aufstieg, verhüllte alles wie mit einem grauen Schleier. Zwei Bataillone, die Soldaten in Rotten, die Offiziere und die Fahne in der Mitte, zogen bereits über die Brücken. Ihr Marsch verursachte ein dumpfes Geräusch. Nach ihnen schaffte man die Kanonen und Munitionswagen hinüber.

Hauptmann Florentin hatte uns eben frisches Zündpulver aufschütten lassen, als General Souham, General Chemineau, Oberst Zapfel und unser Kommandeur ankamen. Das Bataillon setzte sich nun in Marsch. Ich schaute mich immer um, ob nicht die Russen im Galopp herangesprengt kämen, aber es rührte sich nichts.

Sobald ein Regiment auf dem jenseitigen Ufer ankam, nahm es Gewehr bei Fuß und formierte ein Karree. Gegen fünf Uhr war die ganze Division drüben. Die Sonne zerstreute den Nebel, und wir erblickten dreiviertel Stunde von uns eine altersgraue Stadt mit spitzen Dächern, einen kugelförmigen, mit Schiefer gedeckten Kirchturm, der ein Kreuz trug, und weiter hinten ein Schloß: das war Weißenfels.

Zwischen der Stadt und uns zog sich ein tiefer Terrain-Einschnitt hin. Marschall Ney, der gleich uns eben eingetroffen war, wollte vor allem wissen, was in dieser Schlucht stecke. Daher wurden zwei Kompagnien von den Siebenundzwanzigern als Plänkler vorausgeschickt, und die Karrees folgten im gewöhnlichen Schritt, die Offiziere, Sappeure und Musiker in der Mitte, die Kanonen in den Zwischenräumen und die Munitionswagen hinter dem letzten Gliede.

Jeder mißtraute dieser Vertiefung, um so mehr, da wir am Tage vorher hier eine Kavalleriemasse erblickt hatten, die sich nicht bis an das Ende der weiten Ebene, die wir nach allen Richtungen hin überschauten, zurückgezogen haben konnte. Das war einfach unmöglich. Auch bin ich in meinem Leben nie argwöhnischer gewesen, als in jenem Augenblick: ich war auf irgend eine Ueberraschung gefaßt. Aber uns so in Reih und Glied, mit geladenem Gewehr, die Fahne in der Frontlinie, die Generale voll Zuversicht weiter hinten, ohne jede Hast und Ueberstürzung vorwärts marschieren zu sehen und die ganze Masse den Tritt markieren zu hören — das machte uns Mut. Ich sagte zu mir selbst: „Vielleicht retirieren sie, wenn sie uns sehen; das würde noch das beste sein — für sie wie für uns."

Ich stand auf der Front im zweiten Gliede hinter Zebede, und man mag daher beurteilen, ob ich die Augen aufsperrte. Von Zeit zu Zeit blickte ich ein wenig seitwärts nach dem andern Karree, das in gleicher Linie mit uns vorrückte, und sah mitten drin den Marschall mit seinem Stabe. Alle hatten die großen Dreimaster quer gesetzt und reckten den Kopf in die Höhe, um aus der Ferne zu sehen, was vorging.

Die Plänkler gelangten jetzt nahe an die mit Gestrüpp und lebendigen Hecken bewachsene Schlucht. Schon einige Minuten vorher hatte ich weiter hinten auf dem gegenüber liegenden Abhang etwas schwanken und blitzen sehen, als wären es Getreidehalme, über die der Wind hinstreicht, und hatte dabei gedacht, das könnten wohl die Russen mit ihren Lanzen und Säbeln sein — es fiel mir aber schwer, daran zu glauben. In dem Augenblicke jedoch, wo unsere Schützen sich den Ginster- und Heidekrautbüschen näherten und an mehreren Orten das Feuern anfing, sah ich deutlich, daß es Lanzen waren. Gleich darauf zuckte vor uns ein Blitz auf, und ein Kanonenschuß krachte. Die Russen hatten Kanonen, sie hatten eben auf uns gefeuert, und als ich, ich weiß nicht, durch was für ein Geräusch veranlaßt, den Kopf wandte, sah ich, daß sich in den Gliedern zur Linken eine Lücke befand.

Gleichzeitig vernahm ich die Stimme des Obersten Zapfel, der kaltblütig kommandierte:

„Aufgeschlossen!"

Und Hauptmann Florentin wiederholte:

„Aufgeschlossen!"

Das geschah so schnell, daß ich keine Zeit zum Nachdenken hatte. Aber fünfzig Schritte weiter erfolgte ein zweiter Blitz und ein gleiches Geräusch in den Reihen — es war wie ein starker Windstoß, der vorüberfauft — und ich sah wieder eine Lücke, diesmal zur Rechten.

Und da der Oberst nach jedem Kanonenschuß der Russen immer wieder „Aufgeschlossen!" kommandierte, begriff ich, daß es jedesmal eine Lücke auszufüllen gab! Dieser Gedanke brachte mich ganz aus der Fassung, aber es mußte weitermarschiert werden.

Ich wagte nicht mehr, daran zu denken, und gab meinen Gedanken eine andere Richtung, als General Chemineau, der in unser Karree eingetreten war, plötzlich mit furchtbarer Stimme: „Halt!" schrie.

Ich blickte nun auf und sah die Russen in geschlossenen Kolonnen auf uns einsprengen.

„Erstes Glied . . . aufs Knie! . . . fällt das Bajonett!" kommandierte der General. „Fertig!"

Da Zebede niedergekniet war, stand ich sozusagen im ersten Gliede. Mir ist, als sähe ich noch jetzt diese Masse von Pferden und Russen, die sich, den Säbel in der Faust, nach vorn beugten, in voller Schlachtordnung heranbrausen, und hörte noch immer den General hinter uns ruhig wie auf dem Exerzierplatze kommandieren:

„Achtung auf das Kommando Feuer. — Legt an . . . . . Feuer!" . . .

Die vier Karrees hatten zu gleicher Zeit geschossen — es war, als ob der Himmel einstürze. Kaum hatte der Rauch sich etwas verzogen, als wir die Russen in gestrecktem Galopp zurückgehen sahen. Aber jetzt donnerten unsere Kanonen, und die Kugeln waren schneller als die Pferde.

„Geladen!" kommandierte der General.

Ich glaube, nie in meinem Leben ein solches Vergnügen empfunden zu haben.

„Sieh, sieh, sie machen sich davon!" sagte ich bei mir selbst.

Und von allen Seiten hörte man den Ruf: „Es lebe der Kaiser!"

In der Freude meines Herzens stimmte ich in den Ruf ein wie die andern. Das dauerte wohl eine Minute lang. Dann setzten sich die Karrees wieder in Bewegung — man glaubte schon, es wäre alles beendet. Als wir aber noch zwei- oder dreihundert Schritt von der Schlucht entfernt waren, entstand ein fürchterliches Getöse, und der General kommandierte zum zweiten Male:

„Halt! . . . Aufs Knie! . . . Fällt das Bajonett!" . . .

Die Russen sausten wie der Wind aus der Schlucht hervor, um über uns herzufallen. Sie kamen alle zusammen: die Erde bebte unter den Hufen der Pferde. Man verstand kein Kommando mehr, aber der natürliche Verstand der französischen Soldaten sagte ihnen, daß man in den Haufen schießen müsse, und so begann denn das Rottenfeuer zu knattern wie das Wirbeln der Trommeln bei den Paraden. Wer es nicht selbst gehört hat, wird sich nie einen Begriff davon machen können. Einige von den Russen kamen bis zu uns; man sah, wie sie sich in dem Qualm aufrichteten, gleich darauf aber sah man schon wieder nichts mehr.

Nach Verlauf einiger Minuten, während welcher immerfort geladen und geschossen wurde, erhob sich die schallende Stimme General Chemineaus über den Tumult, und man hörte das Kommando: „Stellt das Feuer ein!"

Man wagte kaum zu gehorchen; jeder beeilte sich, noch einen Schuß abzugeben. Als aber der Rauch sich verzogen hatte, sah man die ungeheure Kavalleriemasse an der gegenüber liegenden Seite der Schlucht hinauflagen.

Sogleich löste man die Karrees, um in Kolonnen zu marschieren. Die Trommeln wirbelten zum Angriff, die Kanonen donnerten.

„Vorwärts! . . . Vorwärts! . . . Es lebe der Kaiser!"

Wir marschierten über Haufen von Pferden und Menschen, die sich noch am Boden wanden, in die Schlucht hinab und kletterten im Laufschritt an der Seite nach Weißenfels zu wieder hinauf. Alle diese Kosaken und Jäger galoppierten, die Patronentasche auf dem Rücken, vor uns her so schnell, als sie konnten: die Schlacht war gewonnen!

Aber in dem Augenblicke, wo wir uns den Gärten der Stadt näherten, machten ihre Kanonen, die sie mit fortgeschafft hatten, hinter einer Art Obstgarten Halt und überschütteten uns mit Kugeln, von denen eine das Beil des Sappeurs Merlin zerschmetterte und ihm den Kopf wegriß. Dem Sappeur-Korporal Thomé wurde sogar durch ein Stück von dem Beile der Arm zerschmettert, so daß ihm derselbe am Abend in Weißenfels abgenommen werden mußte. Wir begannen nun zu laufen, denn je schneller man ankommt, desto weniger Zeit haben die andern zum Schießen — das begriff jeder von uns.

Endlich drangen wir, indem wir uns durch die Hecken, die Gärten und die Hopfenstangen hindurch arbeiteten, an drei Punkten bis zur Stadt vor. Der Marschall und die Generale kamen hinter uns. Unser Regiment bewerkstelligte seinen Einzug auf einer am Kirchhof entlang laufenden Pappelallee; als wir auf den Markt kamen, kam eine andere Kolonne auf der Hauptstraße heranmarschiert.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0009

Mansfeld. Ein schöner Sieg bei der Krankenkassenwahl. Einen Erfolg, der den Mansfelder Machthabern jedenfalls schwer auf die Nerven gefallen sein dürfte, haben die freien Gewerkschaften bei der Wahl des Ausschusses für die neuzubildende Ortskrankenkasse für den Mansfelder Gebirgskreis errungen. Während auf jede Liste der Gegner bloß zwei Vertreter entfallen sind, kommen auf die Liste der freien Gewerkschaften 6 Beisitzer und 11 Ersatzmänner. Die Arbeiter von Mansfeld und Umgegend können mit diesem Siege zufrieden sein, denn wenn man bedenkt, wie die Gegner gearbeitet haben, welcher schäbigen Mittel sie sich bedienten, um auch hier in der Vertretung die denkende Arbeiterschaft auszuschalten, so kann man mit Recht von einem Siege der Arbeiterschaft sprechen, der ja auch von Beamten als solcher anerkannt worden ist. Bei dieser Wahl konnte man so richtig sehen, daß bei geheimer Wahl gegen die Einigkeit der Arbeiterschaft auch im Mansfeldischen die Gegner machtlos sind. Es hat nichts genützt, daß man Arbeiter von den Kreischausseen und die städtischen Arbeiter von Hettstedt abkommandierte, um die rote Liste niederzustimmen. Verschiedene von ihnen, die eine Fußtour von 4—5 Stunden hinter sich hatten, wußten, als sie nach dem Wahllokal kamen, gar nicht, um was es sich handelte; sie erzählten unsern Gewährsmännern, daß sie „hierher geschickt" seien, um für die Ordnungsliste zu stimmen. Recht besorgt schien der Straßenmeister der Stadt Hettstedt zu sein, der „feine Leute" geschlossen mitbrachte, an einen Tisch setzen ließ, wo jeder ein Kuvert und einen Stimmzettel bekam, den Zettel in das Kuvert stecken mußte, und dann ging er voran an die Wahlurne, um mit seinen Leuten zu „wählen". Wie sehr die Unternehmer darauf bedacht waren, daß die Liste der Arbeiterschaft nicht gewählt würde, konnte man an den vorhergehenden Tagen deutlich sehen. Während verschiedene Arbeitgeber ihre Arbeiter von der Wahl abzuhalten versuchten, ja ihnen sogar mit Entlassung drohten, waren sie alle zur Stelle, um zu wählen. Recht bedauerlich ist es, daß die Arbeiter der elektrischen Bahn sich nicht an der Wahl beteiligt haben. Ihre Pflicht wäre es gewesen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wie den Unternehmern ihre Niederlage auf die Nerven gefallen ist, dafür ein Beispiel. Ein Unternehmer in Hettstedt klagte am Tage nach der Wahl den Arbeitern sein Leid, daß sechs seiner Leute rot gewählt hätten; das hätte ihm eine hochstehende Persönlichkeit gesagt. Sollte vielleicht nun der immer den Sozialdemokraten in die Schuhe geschobene Terrorismus einsetzen? Nun, die Arbeiterschaft, die den Erfolg errungen hat, wird, wenn sie immer so einig ist, auch die Schläge ihrer Gegner parieren; sie wird alles daran setzen, um die Reaktion im Mansfeldischen niederzuschmettern.

Sangerhausen. Die Krankenkassenwahlen gingen unter recht lebhafter Beteiligung vor sich. Leider waren die Wahlvorbereitungen recht unvollkommen und die Wahlzeit so ungünstig, daß viele Arbeiter wieder umkehrten, ohne gewählt zu haben. Im ganzen wurden 421 Stimmzettel abgegeben. Die Ermittlung des Wahlresultats erfolgt erst in den nächsten Tagen.

Wittenberg. Hochwasser in Sicht! Infolge der erheblichen Niederschläge der letzten Zeit in den sächsischen und böhmischen Bergen wird auch vorübergehend die Elbe Hochwasser führen. Der niedrige Wasserstand, der auf der Unterelbe bereits zu Störungen in der Schiffahrt geführt hatte, ist bereits verschwunden, und ein langsames aber stetiges Steigen zu verzeichnen.

Bockwitz. Gewerkschaftskartell. Nachdem das Ableben des Genossen Bebel durch Erheben von den Plätzen geehrt worden war, wurden mehrere Eingänge erledigt. Dem Bildungsausschuß wurden einige Offerten zugestellt. Das Vorortskartell Halle teilte auf eine Anfrage mit, daß für Bockwitz das Oberversicherungsamt Merseburg zuständig ist. Außerdem waren die Satzungen des Bezirkskartells eingegangen. Für eventuelle Besucher der Baufachausstellung in Leipzig wurden Fahrpreisermäßigungen angeboten; Gewerkschaftsmitglieder, die den Besuch der Ausstellung beabsichtigen, können sich innerhalb vier Wochen bei ihrer Gewerkschaft melden. Die vorläufige Abrechnung vom Gewerkschaftsfest ergab eine Einnahme von 458.50 Mk., die Ausgabe beträgt 288.55 Mk., demnach ist ein Ueberschuß von 169.95 Mk. vorhanden. Die Anstellung eines Bibliothekers wurde der Kommission überlassen, das Bücherverzeichnis der Bibliothek soll in 2000 Exemplaren hergestellt werden. Der örtlichen Verwaltung der Wohlfürsorge wurden zur Anschaffung von Materialien 50 Mk. bewilligt. Der gefaßte Beschluß, die unentschuldigt fehlenden Delegierten im Volksblatt bekannt zu geben, soll inne gehalten werden. Ein Bericht über den Stand des Bauarbeiter-Streiks wurde entgegengenommen und darüber debattiert.

Naundorf bei Lauchhammer. Parteiversammlung. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Bebel in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende widmete ihm einen warmen Nachruf, es soll ihm in unseren Reihen ein bleibender Platz gewährt werden. Der Kassenbericht vom zweiten Quartal ergab einen Bestand von 30 Mk., dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann erstattete die Preßkommission den Jahresbericht. In der sich anschließenden Diskussion wurde angeregt, zur Gewinnung neuer Abonnenten eine Hausagitation für das Volksblatt vorzunehmen, demgemäß wurde auch beschlossen. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß der Kreisleiter, Genosse Naumann, in der nächsten Versammlung ein Referat halten wird. Pflicht eines jeden Genossen muß es deshalb sein, kräftig für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Hohenleipisch. Parteiversammlung. Die am Sonnabend stattgefundene Vereinsversammlung ehrte zunächst das Ableben des Genossen Bebel in der üblichen Weise. Der Punkt wegen der Aufstellung eines Kandidaten zu der am Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8 bis 9 Uhr, stattfindenden Gemeindevertreterwahl wurde lebhaft debattiert. Nach längerer Aussprache wurde der Genosse Waldemar Briesenick aufgestellt. Nun ist es Pflicht eines jeden Genossen, für die Wahl desselben tüchtig zu agitieren, damit uns der Sitz von gegnerischer Seite nicht genommen wird. Nach Erledigung interner Angelegenheiten fand eine Diskussion über die Maßnahme zur Gewinnung von Abonnenten und Parteimitgliedern statt.

Allerlei.

Achtung für Auswanderer nach Kanada.

Den nach Kanada resp. Montreal auswandernden Parteigenossen diene zur gefälligen Kenntnis, daß sich hier am 13. Juli 1913 ein Sozialdemokratischer Bildungsverein gebildet hat. Er macht sich zur Aufgabe, alle, die beabsichtigen, nach Kanada auszuwandern, nach Möglichkeit zu beraten. Den hier ansässigen deutschsprechenden Genossen aber soll der Verein eine Zufluchtsstätte sein, wo sie außer der Lektüre von Partei- und Gewerkschaftszeitungen den Umgang und Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten pflegen können. Wir erwarten deshalb, daß alle nach Montreal reisenden Genossen durch Beitritt unsere Bestrebungen unterstützen und bitten, alle Anfragen unter Beifügung von Rückporto und des ausdrücklichen Vermerks „Betrifft Soz. Bildungsverein" zu richten an die Adresse des Genossen Fritz Lobeck, Montreal, Kanada, 157 Ontario West. — P. S. Die in der Adressentafel vermerkte frühere Adresse: Montreal, Kanada, Orleanstreet 125, gilt hiermit als aufgehoben.

Streikbrecher als Messerhelden.

Am letzten Sonntage lieferten die Streikbrecher der Firma Graf in Gebweiler i. Els. sich selbst eine Schlacht, die zwei Opfer forderte. Einer dieser edlen Herren erhielt einen Stich in den Oberschenkel, während der Streikbrechervermittler an der Hand verletzt wurde. Die „Herren" hatten einen Ausflug gemacht, und wie das bei solchen nützlichen Elementen eben Gewohnheit ist, kamen sie etwas sehr „gehoben" nach Hause. Bald gabs den schönsten Krach untereinander, und um der Oeffentlichkeit zu beweisen, was für Kerls solche Streikbrecher sind, wurde das unbemeidliche Taschenmesser gezückt. Der Vermittler, der Frieden stiften wollte, kam bei seinen Getreuen jedoch schlecht an, statt der Palme des Friedens trug er eine Verletzung an der Hand davon. Schließlich wurde Polizei geholt, die den Haupthelden nach „Nummero sicher" brachte.

Polizeimeldungen über „Streikexzesse".

Hohenlimburg, 21. August. Vorgestern abend rotteten sich Hunderte von ausständigen Arbeitern der vereinigten Walz- und Röhrenwerke in den Straßen zusammen und verfolgten die Arbeitswilligen bis zu ihren Arbeitsstätten. Es kam verschiedentlich zu Tätlichkeiten. Schließlich eröffneten die Ausständigen ein Steinbombardement auf das Fabrikgebäude und die Geschäftsräume, wobei sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Auch gestern abend veranstalteten die Streikenden nach Einbruch der Dunkelheit johlend und schreiend Exzesse. 20 Polizeibeamte sind von auswärts zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach hier beordert worden.

Beachte: so lassen die Kapitalisten und die Polizei melden!

Empörung der Gefangenen.

Gelsenkirchen, 21. August. Während des Spazierganges auf dem Hofe des Gefängnisses überfielen 30 Sträflinge den Aufseher und suchten, ihm die Waffe zu entreißen. Der Aufseher wehrte sich und verletzte einen der Gefangenen durch einen Kolbenschlag. Ein Bewohner des Nachbarhauses, der die Revolte vom Fenster aus beobachtet hatte, lehnte sich vor Erregung zu weit zum Fenster hinaus und stürzte hinab. Er trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

Das Automobil als Kindermörder.

Greifenberg (Schles.), 20. August. Heute nachmittag fuhr in der Hirschberger Straße das Automobil des Agenten Brettschneider aus Zittau in eine Gruppe von drei spielenden Kindern im Alter von 9—10 Jahren hinein. Ein Sohn des Schuhmachermeisters Hoffmann aus Greifenberg wurde sofort getötet. Die beiden anderen Kinder wurden leichter verletzt.

Auf der Suche nach dem Eisenbahnfrevler.

Luckenwalde, 20. August. Die Eisenbahnbehörde hat auf die Ergreifung des Täters, der am 19. August abends zwischen 9 und 9½ Uhr auf der Eisenbahnstrecke Halle-Berlin im Km. 32.5 zwischen Trebbin und Thyrow gegen den Personenzug 801 einen Anschlag verübte, indem er eine eiserne Schwelle auf die Schienen legte, eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Kleines Allerlei. Der spanische Pavillon der Weltausstellung in Gent ist durch einen Brand völlig zerstört worden. Der Pavillon enthielt Edelsteine, Weine, optische Apparate usw. — Die Polizei in Frankfurt a. M. kam einem Saccharinschmuggler auf die Spur, in dessen Handkoffern sich ungefähr 220 Kilo Saccharin befanden.

Versammlungsberichte.

Buchdrucker. In der am 16. August abgehaltenen Mitgliederversammlung widmete der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung dem dahingeschiedenen greisen Arbeiterführer August Bebel einen warmempfundenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken an den großen Toten durch Erheben von den Plätzen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal, vom Kassierer eingehend erläutert, gewährte ein recht unerfreuliches Bild. Die Ausgaben, hauptsächlich verursacht durch die herrschende Arbeitslosigkeit, nehmen derart überhand, daß die Ortskasse einer Sanierung bedarf; entweder der Zuschuß für Arbeitslose kommt in Wegfall, oder eine Steuererhöhung ist unabwendbar, zumal der Ortskasse ab 1. Januar 1914 erneute Belastungen in Aussicht stehen. Den Bericht vom Gautag in Dessau erstattete in ausführlicher Weise Koll. Schirmer. In der anschließenden regen Diskussion wurde bedauert, daß der Gauvorstand seinen Antrag, die Bezirke auf vier zu verringern, zurückgezogen habe. Nunmehr bleibe der bisherige Zustand, der ebenfalls nicht befriedigen könne, bis zum nächsten Gautage bestehen, woselbst, einem Magdeburger Antrage zufolge, der Bezirkseinteilung vollends das Lebenslicht ausgeblasen werden solle. Mißfallen erregte es, daß seitens eines großen Ortsvereins im Gau fort und fort versucht würde, eine künstliche Spannung zwischen dem Gauvorstand und dem Hallescheu Ortsvorstande zu konstruieren, obwohl wiederholt festgestellt wurde, daß das Zusammenarbeiten beider Vorstände als gut zu bezeichnen sei. Unter diesem Gesichtswinkel sei auch das Schicksal einiger Hallescher Anträge auf dem Gautag entschieden worden. Unter Vereinsmitteilungen forderte der Vorsitzende auf, die vom Gewerkschaftskartell aufgestellte Liste zu den am 20. August stattfindenden Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse mit allem Nachdruck zu unterstützen. Weiter ist der Bau eines Gewerkschaftshauses mit Zentralherberge in Aussicht genommen worden. Da der Ortsverein bereits früher diesem Projekt gegenüber in einer Resolution einen ablehnenden Standpunkt bekundete, gab demzufolge der Vorstand im Kartell eine gleiche Erklärung ab. Diese Maßnahme des Vorstandes wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Zum Schluß ersucht der Vorsitzende, eine am 30. August im Vereinslokal stattfindende Versammlung zahlreich zu besuchen, in der Koll. Rexhäuser-Leipzig über das Thema Die deutschen Gewerkschaften und der Generalstreik sprechen wird.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

*1424

Freitag und Sonnabend 2922
grosser Massenverkauf
hochfeiner Seefische
— aus 2 Kühlwaggons. —
Nordsee,
Gr. Ulrichstrasse 58. Tel. 3783 u. 1275.
Niederlage: Gr. Brunnenstr. 65. Tel. 3352.
Seelachs ohne Kopf . . . . . Pfund 19 Pf.
Goldbarsch, Bratschellfisch „
Kabeljau ohne Kopf ℔ 25 ₰ | Schellfisch ohne Kopf ℔ 38 ₰
Karbonaden bratfertig ℔ 32 ₰ | Bratscholle . . . . ℔ 33 ₰
Riesenauswahl allerfeinster
zarter, geräucherter Fluss-Aale
Stück 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105 bis 300 Pf.
Pa. geräuch. Seelachs ½ Pfund 20 Pf.
Ger. Schellfisch . ½ ℔ 20 ₰ | Seeaal . . . . . ½ ℔ 35 ₰

Allerfeinste im Karton ½ Pfd.-Stück 68 Pf.
2912
Gute Molkerei-Butter ½ Pfd. 62 und 58 Pf.

Spüle mit Henkel's Bleich-Soda.
*623

+ Frauen +
erhalten bei Störungen, Stockungen etc. die besten Präparate billigst. Erste und älteste Marke der Welt. 2892
Spül-Apparate wie sie sein sollen, enorm billig. Schon von 1.35 an. Gute 2.50. Beste 3.50—6.50.
Briefl. Auskunft geg. 20 Pfg. Briefmarken.
Diskreter Versand.
Dr. med. Ernst Geyer & Co.
(Sanitas-Depot)
Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11, Eingang Kleiner Sandberg, gegenüb. Ulrichskirche.

Frische Knickeier
2885 billig.
Spez.-Eier-Groß-Geschäft, Talamtstraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130822-10/fragment/page=0010